

Frauen für Sozialismus - Gleichberechtigung erkämpfen
das sozialistische Frauenprogramm der SAV

Die AutorInnen:

Mirjam Alberti, Alexandra Arnsburg, Angela Bankert,
Holger Dröge, Chonie Flöther, Juliane Jung,
Tanja Niemeier, Ianka Pigors, Lucy Redler,
TINETTE Schnatterer, Antje Zander

Erste Auflage, April 2001

Umschlaggestaltung: Claus Ludwig

Satz: Jörn Kroppach

Druck: Wiesjahn Satz- und Druckservice, Berlin

Herausgeber und Vertrieb:

Sozialistische Alternative (SAV), Berlin

Nachbestellungen der Broschüre bei:

SAV, Littenstraße 106/ 107, 10179 Berlin

Tel. (030) 24723802, Fax (030) 24723804

email: info@sav-online.de

Internet: www.sav-online.de

Einzelexemplare zuzüglich 2,- DM Porto und Versand
ab 10 Exemplare 30% Rabatt

Bankverbindung:

Konto-Nr. 2500 59-430

Postbank Essen

BLZ 360 100 43

Inhalt

Vorwort	4
Wie entstand die Frauenunterdrückung ?	6
Frauen und Erwerbsarbeit	7
Arbeitsbedingungen	7
Einkommen	8
Ursachen für die schlechte Bezahlung von Frauen	9
Holen die Frauen auf dem Arbeitsmarkt auf ?	10
Frauen und Arbeitslosigkeit	10
Teilzeit und ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse	11
Frauen und Rente	12
Gemeinsam Kämpfen	13
Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz	14
Mädchen und Frauen in Schule und Ausbildung	17
Frauen und Familie	19
Die Familie als Institution	20
Abtreibung - Weg mit §218	20
Frauen und Kinder	21
Sexismus und Gewalt gegen Frauen	23
Schönheitswahn und Schönheitsindustrie	25
Männlich dominierte Sprache	25
Essstörungen	26
Magersucht bedeutet Verweigerung	27
Pornographie	27
Prostitution	28
Prostitution nach der Russischen Revolution 1917	29
Kampagne gegen Srip tease-Club	31
Gewalt gegen Frauen	31
Sexualität	33
Lesbische Frauen	34
Frauen in Ostdeutschland	36
Ausländerinnen	38
Wo steht die Frauenbewegung heute?	40
Wut in Widerstand verwandeln	42
Frauen in Parteien und Gewerkschaften (Interviews)	44
Stell Dir mal vor...	46
Frauen in der Bundeswehr	33
Frauen an die Macht?	35
Frauen international	37
Was will die SAV ?	43
Publikationen der SAV	47
Quellenverzeichnis	48



■ Vorwort

Diese Broschüre hat zwei Aufgaben. Sie ist erstens eine Bestandsaufnahme der Situation von Frauen und Mädchen in Deutschland. Sie beginnt mit der Darstellung der wichtigsten Lebensbereiche. Dabei geht es um „Arbeit und Ausbildung“ und „Hausarbeit und Familie“. Danach setzen wir uns im Abschnitt „Sexismus und Gewalt“ damit auseinander, wie die Unterdrückung von Frauen in unserem täglichen Leben funktioniert und welche Formen sie annimmt. Auf die besondere Situation von ausländischen Frauen, von Lesben und über die besondere Lage von Frauen in Ostdeutschland gehen wir später ein.

Um die heutige Situation richtig verstehen zu können, ist es wichtig, den geschichtlichen Ursprung der Frauenunterdrückung zu verstehen. Deshalb werden wir im ersten Abschnitt kurz auf die historische Entwicklung eingehen.

Wenn wir im Jahr 2001 auf das letzte Jahrhundert zurückblicken, können wir feststellen, dass wir viele Fortschritte beim Kampf um Frauenrechte erzielt haben. Zumindest in den entwickelten Industrieländern haben Frauen das Wahlrecht, wir können Verträge abschließen, ohne sie von

Männern - egal ob Väter, Ehemänner oder Brüder- genehmigen zu lassen, wir sind formell berechtigt, jeden Beruf unserer Wahl zu ergreifen, und es gibt inzwischen Gesetze, die das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung auch innerhalb der Ehe schützen. Diese Fortschritte sind das Ergebnis jahrzehntelanger Kämpfe.

Unsere Bestandsaufnahme in dieser Broschüre zeigt aber auch, dass Frauen heute immer noch benachteiligt sind. Alte Probleme wurden gelöst, aber neue sind hinzugekommen. Während unsere Großmütter- und Urgroßmütter im Kindbett starben, verhungern heute in den reichsten Ländern der Welt junge Frauen, weil der allgegenwärtige Schönheitswahn ihnen schwerste Essstörungen beschert. Frauen verdienen noch immer weniger Geld als Männer. Die Hausarbeit lastet weiter vor allem auf den Schultern von Frauen. In Fernseh-Shows, Werbung und Zeitungen werden Frauen nicht als Personen sondern als Sexobjekte dargestellt.

Mit unserer Broschüre wollten wir uns nicht damit zufrieden geben, die Wirklichkeit zu beschreiben. Uns reicht es nicht, Probleme zu erkennen, wir wollen sie lösen. Deshalb hat die Broschü-

re eine zweite, noch wichtigere Aufgabe. Sie ist das Frauenprogramm der *Sozialistischen Alternative (SAV)*. Es soll die notwendigen Forderungen und Kampfschritte aufzeigen, um die Unterdrückung von Frauen und Mädchen endgültig abzuschaffen. Mit diesem Kampf stehen wir in der Tradition der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung.

Schon im 19. Jahrhundert gab es Kämpfe um die Gleichberechtigung der Frau. Dabei wurde die rechtliche Gleichstellung und zum Beispiel das Wahlrecht gefordert. Den reichen, also bürgerlichen Frauen ging es natürlich vor allem darum, gleichberechtigt an den Privilegien ihrer Männer beteiligt zu werden. Dagegen waren die Frauen aus Arbeiterfamilien mit ihrer Unterdrückung als Frauen und gleichzeitig mit ihrer Unterdrückung als ArbeiterInnen konfrontiert. In den Fabriken zur Zeit der Industrialisierung herrschten miserable Zustände. Die Arbeitszeiten lagen bei über 12 Stunden am Tag, Arbeitsschutz existierte nicht und die Löhne reichten kaum zum Überleben. ArbeitnehmerInnen hatten praktisch keine Rechte. Die Unternehmer nutzten die besonders schlechte gesellschaftliche Stellung der Arbeiterinnen aus, um ihnen noch weniger Lohn zu zahlen



als den Männern. Sie schrecken noch nicht einmal davor zurück, die Frauen durch Kinder zu ersetzen, die für noch weniger Geld arbeiteten. Damit zwangen sie die Mitglieder der Arbeiterfamilien darum zu konkurrieren, wer am billigsten arbeiten würde. Die Verlierer- und Verliererinnen waren alle Arbeitenden, die einzigen Gewinner waren die Unternehmer.

Die ArbeiterInnen begannen schon früh, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Weil sie allein wenig Chancen auf Erfolg hatten, organisierten sie Streiks und gründeten Gewerkschaften und später auch Arbeiterparteien.

Arbeiterfrauen spielten bei diesen Kämpfen eine wichtige Rolle. Viele bürgerliche Frauen betrachteten diesen Teil der Kämpfe ihrer Geschlechtsgenossinnen mit Misstrauen. Sie wollten zwar die gleichen Rechte wie ihre Männer, das bedeutete aber nicht, dass sie die Privilegien, die sie als Mitglieder der Oberschicht hatten, mit den Männern oder Frauen der Unterschicht teilen wollten.

Auf der anderen Seite, gelang es den

Unternehmern immer wieder, frauenfeindliche Vorurteile in der Arbeiterklasse zu schüren, und Männer gegen Frauen auszuspielen. Arbeiterinnen mussten so immer wieder um die Solidarität ihrer männlichen Kollegen kämpfen.

Das spiegelte sich auch in der SPD, der größten deutschen Arbeiterpartei dieser Zeit, wider. Dort gab es zum Beispiel beim Streit um die Forderung nach dem Frauenwahlrecht Auseinandersetzungen zwischen Gegnern des Frauenwahlrechts wie den konservativen Sozialdemokraten auf der einen, und Befürwortern wie den SozialistInnen Clara Zetkin und August Bebel auf der anderen Seite.

Die größten Fortschritte, die bei Frauenrechten im letzten Jahrhundert gemacht wurden, wurden zusammen mit vielen anderen Errungenschaften der Arbeiterbewegung, wie dem Acht-Stunden-Tag, in Folge der Revolution 1918 durchgesetzt. Das bekannteste Beispiel ist das Frauenwahlrecht.

Arbeiterinnen und junge Frauen müssen für ihre eigenen rechtlichen und sozialen Belange eintreten und können sich nicht

auf die Unterstützung von „Oben“ verlassen, selbst wenn dort irgendwann einmal Frauen sitzen würden. Die beste Strategie beim Kampf für die Interessen von Frauen ist der gemeinsame Kampf von Arbeiterinnen und Arbeitern auf der Grundlage eines sozialistischen Programms.

Die AutorInnen, Berlin, März 2001





Wie entstand die Frauenunterdrückung ?

Männer können keine Kinder kriegen. Immer wieder wurde und wird versucht, aus dieser biologischen Tatsache die Unterdrückung der Frau als naturgegeben zu begründen, zu rechtfertigen und damit zu verewigen. Diese Sichtweise ist falsch, wie historische Untersuchungen über die Rolle und die Stellung der Frau belegen.

In der Urgesellschaft war die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen, also auch die der Frau durch den Mann, unbekannt. Die Arbeitsproduktivität war zu dieser Zeit äußerst niedrig. Jedes Mitglied der Gesellschaft musste in die Beschaffung der Lebensmittel einbezogen werden um die Versorgung aller zu ermöglichen. Die Werkzeuge gehörten der Gemeinschaft. Die gemeinsamen Angelegenheiten wurden gemeinschaftlich entschieden und verwaltet, und zwar von Männern wie Frauen gleichermaßen. In diesen Gesellschaften gab es nur eine sehr gering ausgeprägte Arbeitsteilung. Dabei fiel den Männern eher die Aufgabe des Jagens zu, während Frauen, die in der Schwangerschaft und Geburt weniger mobil waren als Männer, Nahrung sammelten und das Feuer hüteten. Trotzdem trugen Frauen mindestens ebensoviel zur Lebensmittelbeschaffung bei wie die Männer. Sie waren selbstredend bei der Verteilung der Nahrung nicht benachteiligt. Die Familie im heutigen Sinn war unbekannt. Die Menschen konnten sexuelle Beziehungen unkompliziert beginnen und beenden. Die Geschlechter-

verbände gruppierten sich um die mütterliche Abstammungslinie, da nur die Mutterschaft der Kinder überhaupt feststand (Mutterrecht). Frauen hatten zu dieser Zeit oft ein besonders hohes Ansehen, da sie durch das Gebären den Fortbestand der Sippe sicherten. Hiervon zeugen auch viele Malereien und Statuetten, in denen Frauen als Symbole der Fruchtbarkeit verehrt wurden.

Mit der Entwicklung von Ackerbau und Viehzucht wurde die Arbeitsproduktivität enorm gesteigert. Von nun an konnte ein dauerhaftes gesellschaftliches Mehrprodukt erwirtschaftet werden. Ein Mensch konnte jetzt mehr Nahrungsmittel herstellen als zu seinem eigenen Überleben notwendig waren. Erstmals stellte sich die Frage der Verteilung des Mehrproduktes und der zu seiner Erzeugung angewendeten Produktionsmittel. In erster Linie bedingt durch die zuvor bestehende Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau fielen die neuen Arbeitsmittel, vor allem das Vieh und später die Sklaven, in die Hände des Mannes. Parallel zur Spaltung der Gesellschaft in Klassen, in die Besitzer der Produk-

tionsmittel und in Besitzlose, vollzog sich die Unterwerfung der Frau durch den Mann. Der Mann entwickelte als Besitzer der Produktionsmittel ein Interesse daran, dass seine Kinder ihm und nicht mehr nur der Frau zugeordnet werden konnten. Dazu wurde in langen Kämpfen das Mutterrecht abgeschafft. Die freiwillige und gleichberechtigte Partnerschaft zwischen Männern und Frauen wurde durch die patriarchale Familie ersetzt, in der der Mann die Verfügungsgewalt über seine Frau, die Kinder und Sklaven ausüben konnte.

Die Unterdrückung der Frau hat also ihre Ursache in der Klassengesellschaft und kann somit nur zusammen mit dieser beseitigt werden. Um das Ziel einer klassenlosen, herrschaftsfreien Gesellschaft zu erreichen müssen Männer und Frauen in der Arbeiterbewegung gemeinsam kämpfen. Für höhere Löhne, gegen Arbeitsplatzvernichtung, für Bildung und Ausbildung, gegen jede Form der Diskriminierung von Frauen und für eine neue, sozialistische Gesellschaft.



Frauen und Erwerbsarbeit

Der durchschnittliche Verdienst von voll erwerbstätigen Frauen in Deutschland ist um etwa 20 Prozent niedriger, als der der Männer¹. 72 Prozent aller Frauen beziehen kein existenzsicherndes Einkommen. 54 Prozent aller erwerbstätigen Frauen verdienen weniger als 1800 DM- bei den Männern sind es gerade 13 Prozent. Nach nur fünf Jahren Beschäftigung verdienen Männer bereits durchschnittlich 20 Prozent mehr als vergleichbare Frauen mit der selben Ausbildung². Mitte der 90er Jahre waren in Deutschland 90 Prozent aller Teilzeitarbeitenden weiblich³.

Arbeitsbedingungen von Frauen

Bis vor einigen Jahren gab es in den meisten Bereichen spezielle Frauenlohngruppen, weil ganz selbstverständlich davon ausgegangen wurde, dass Frauen weniger Lohn zu bekommen haben. Entgegen allen Vorurteilen sind die Arbeitsbedingungen der meisten

Frauen sehr hart. Typische Belastungen sind:

- monotone, feinmotorische Tätigkeiten als Produktionshelferinnen – zum Beispiel das Sortieren oder Montieren von kleinen Teilen – die ständig höchste Konzentration erfordern,
- ständige Umstellung auf neue Arbeitsabläufe beim Packen und Montieren,
- schwere körperliche Anstrengun-

- gen, wie das Heben und Umlagern von Patienten als Krankenschwester oder Altenpflegerin, wodurch viele Beschäftigte innerhalb von wenigen Jahren Bandscheibenschäden und ähnliche Probleme bekommen,
- stundenlanges Stehen am Band
- Umgang mit gesundheitsschädlichen, allergiefördernden Stoffen zum Beispiel als Frisörin oder Reinigungskraft



Überall auf der Welt verrichten Frauen „typische“ Frauenberufe. Diese werden prinzipiell schlechter bezahlt als „Männerberufe“. Sie sind regional sehr unterschiedlich. So gilt „Straßenarbeiterin“ in Indien als typischer Frauenberuf oder Ärztin in Russland. In Deutschland sind drei Viertel aller Frauen in nur neun Berufsgruppen, vornehmlich im Dienstleistungsbe-
reich, tätig.

- psychischer Stress, zum Beispiel bei der Betreuung von Kranken und Alten
- große Verantwortung, zum Beispiel bei der Betreuung von kleinen Kindern als Kindergärtnerin
- die Erwartung, zum Beispiel als Sekretärin immer verständnisvoll, bestätigend und einfühlend für Vorgesetzte und Kollegen da zu sein.

Dazu kommt meist die Doppelbelastung durch Haushalt und Kinderbetreuung. Nichts davon schlägt sich in der Entlohnung positiv nieder.

Viele Frauen arbeiten in Kleinstbetrieben oder Niedriglohnbereichen, wo keine betriebliche Interessenvertretung (Betriebsrat) vorgesehen oder eingerichtet ist. Oft arbeiten Frauen in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen.

In den Gewerkschaften sind jedoch traditionell vor allem Vollzeitbeschäftigte in Großbetrieben organisiert.

Frauen können deshalb ihre Belange besonders schlecht durchsetzen.

Die SAV kämpft :

- *für eine Kampagne der Gewerkschaften zur Organisierung von Beschäftigten in Kleinstbetrieben, Niedriglohnbereichen und Frauen allgemein, für kämpferische und demokratische Gewerkschaften*
- *für Vergesellschaftung der Hausarbeit z.B. durch Einrichtung von preisgünstigen Stadtteilkantinen und Wäschereien um Frauen von der Hausarbeit zu entlasten*
- *für kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr, Kampf für Betriebskindergärten in jedem Betrieb*
- *für die Verteilung der Arbeit auf alle. Als ersten Schritt Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich*

Einkommen von Frauen

Die Benachteiligung der Frauen in der Arbeitswelt haben ihre Ursache in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und in der Art, wie Arbeit in dieser Gesellschaft entlohnt wird. Üblicherweise gehen wir davon aus, dass unsere Arbeit gut oder schlecht bezahlt wird je nach dem, ob sie in der Gesellschaft für wertvoll oder für weniger wertvoll erachtet wird. In Wirklichkeit ist das jedoch umgekehrt: Wir bekommen für unsere Arbeit soviel Geld, wie wir benötigen, um das Leben zu führen, das uns die Gesellschaft abhängig von unserer sozialen Schicht, unseres Geschlechts und unserer ethnischen Herkunft zubilligt.

Dies hängt auch davon ab, wie viel wir uns in betrieblichen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen erkämpfen.

Die Höhe des Betrags ist in dieser Gesellschaft für Männer höher als für Frauen. Nach bürgerlicher Auffassung braucht ein Mann um morgens ausgeruht, sauber gekleidet und gut gefüttert zur Arbeit zu kommen eine Frau, die für ihn kocht, wäscht und bügelt, ihm die Kinder vom Hals hält und ihn über seinen Alltagsstress hinwegtröstet.

Von Männern wird nach diesem Rollenverständnis nicht erwartet, dass sie selbst für den Erhalt ihrer Arbeitskraft sorgen. Ihnen wird zugebilligt, dass sie jemand anderes, d.h. ihre Frau, damit beauftragen.

Im Lohnbereich hat sich diese Vorstellung bisher dadurch widerspiegelt, daß Männer als „Familienernährer“ betrachtet wurden. Ihr Löhne sollten so ausgelegt sein, dass sie damit auch den Lebensunterhalt der Frau und der Kinder bestreiten konnten. Diese Idee wurde von Politikern und im Prinzip auch von den Unternehmern getragen. Obwohl letztere natürlich trotzdem immer bestrebt waren, die Löhne „ihrer“ Arbeiter so niedrig wie möglich zu halten.

Auch die Gewerkschaftsführungen unterstützten diese Idee mit dem Argument, dadurch könnten Frauen



zu Hause bleiben und würden von der Doppelbelastung befreit. In den letzten Jahren wurde das System der „Familienlöhne“ allerdings immer mehr durch Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsplätze untergraben. Dadurch hat sich die Lage der Frauen (und Männer) aber nur weiter verschlechtert.

Mehr als von Männern wird von Frauen erwartet, daß sie Hausarbeit selbst - und unbezahlt - erledigen. Ihre Einkommen sind so konsequenter Weise geringer als die der Männer. Dazu kommt, daß Frauen lange Zeit als „Zuverdienerinnen“ angesehen wurden. Deshalb werden typische Frauenberufe und -arbeitsverhältnisse immer noch so bezahlt, als hätten Frauen einen Ehemann mit „Familienernährer-Einkommen“. Diese Vorstellung hat mit der gesellschaftlichen Realität nichts zu tun. Viele Frauen leben alleine (oder mit einer anderen Frau zusammen). Immer weniger Männer haben ein Einkommen, von dem eine ganze Familie leben kann. Außerdem wird in Deutschland jede dritte Ehe geschieden. Immer mehr Frauen sind alleinerziehend. Die finanziellen Folgen sind für Frauen und ihre Kinder verheerend: Bei einer Scheidung sinkt das Einkommen der Frau durchschnittlich um 40 Prozent, mit Kindern um 37 Prozent. Das Einkommen des Mannes sinkt dagegen um lediglich 7 Prozent⁴.

Die untergeordnete Rolle der Frau in der Gesellschaft schlägt sich, wenn sie nicht bewusst bekämpft wird, auch in den Gewerkschaften nieder. In vielen sogenannten Frauenberufen gibt es traditionell einen niedrigen Organisationsgrad. Daher wurden die Interessen von Frauen bei den Kämpfen um Lohnerhöhungen oft vernachlässigt. Sexistische Diskriminierung wird immer noch benutzt, um Frauenlöhne zu drücken.

Wir fordern:

- *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Kampf für eine drastische Lohnerhöhung in frauendominierten Bereichen*
- *Mindestsicherung von 2000 DM netto für alle*

Ursachen für die schlechtere Bezahlung von Frauen

1955 urteilte das Bundesarbeitsgericht (BAG), dass geringere Bezahlung aufgrund des Geschlechts nicht zulässig ist. Dennoch ist fast 50 Jahre später Entgeltdiskriminierung immer noch Realität. Eine Ursache dafür sind die schlechtere Bezahlung von Teilzeitarbeit und Arbeit im Niedriglohnsektor.

Dazu kommt, dass Frauen immer noch in Tarifverträgen benachteiligt sind. Zwar entsteht die Benachteiligung nicht mehr direkt durch Frauenabschläge und Verheiratetenzulage.⁵ Die vorherrschenden Formen der Ungleichbehandlung im Entgelt sind heute verdeckter und subtiler. Sie sind nicht auf den ersten Blick erkennbar, da sie sich hinter geschlechtsneutralen Bewertungssystemen und Tarifstrukturen verbergen. Inzwischen verdient eine Sachbearbeiterin formal genau soviel wie der Sachbearbeiter nebenan. Eine andere Frage ist aber, ob Männer und Frauen, die verschiedene, jedoch von den Anforderungen vergleichbare Tätigkeiten verrichten, auch gleiches Entgelt erhalten. Werden für männerdominierte Bereiche wie etwa Kfz-Mechaniker die gleichen Merkmale verwendet, wie für frauendominierte wie etwa Sekretärinnen? Ein Gutachten der ötv⁶ stellt fest, dass im Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) frauendominierte Tätigkeiten häufig unterbewertet sind. Dazu kommt, dass die maßgeblichen Entscheidungen über Entgelt-differenzierungen in den Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften im Wesentlichen von Männern getroffen werden. Dies erleichtert das Einfließen von geschlechtsspezifischen Vorurteilen über „hochwertige“ und „minderwertige“ Tätigkeiten in diese Regeln. Wichtige Anforderungsmerkmale an frauendominierte Arbeitsplätze werden nicht berücksichtigt. So ist in vielen Tarifverträgen die Verantwortung für Betriebsmittel und Arbeitsprodukte höher bewertet als die für Menschen. Frauen sind beispielsweise als Krankenschwestern indirekt benachteiligt. Auch Qualifikationen im sozialkommunikativen Bereich (etwa bei Sekretärinnen) erscheinen nach herkömmlichen Rollenvorstellungen bewusst oder unbewusst nicht als entlohenswert, weil Frauen diese Fähigkeiten und Fertigkeiten angeblich „von Hause aus“ mitbringen. Auch das Merkmal „Arbeitschwere“ führt zur Benachteiligung von Frauen. So gilt allgemein Muskelbelastung durch Heben und Tragen von Lasten in eher männerdominierten Branchen wie der Metallindustrie als schwere Tätigkeit. Für statische Muskelarbeit, wie langes Stehen oder die Belastung der Sinne und Nerven in frauendominierten Bereichen wie dem Einzelhandel, gilt dies nicht.



Holen die Frauen auf dem Arbeitsmarkt auf ?

Früher verloren Frauen in Wirtschaftskrisen als erste ihren Job und wurden zurück an Heim und Herd geschickt. Andersherum dienten sie der Industrie als flexible und billige Hilfskräfte, wenn solche benötigt wurden.

Heute kommt es manchmal sogar dazu, daß Frauen die einzigen sind, die überhaupt Arbeit finden. In den letzten Jahrzehnten wurden in der Männerdomäne Schwerindustrie, sehr viele Vollzeitarbeitsplätze vernichtet. Dagegen entstanden flexibilisierte und ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse im traditionell weiblich dominierten Dienstleistungssektor. Teilweise wurde diese Entwicklung als das Ende der Benachteiligung von Frauen gefeiert. In Wirklichkeit können die Unternehmer „billige“ weibliche Arbeitskräfte benutzen, um sie gegen Männer auszuspielen, und damit die Löhne für beide Gruppen zu drücken. Diese Taktik funktioniert nicht nur bei Löhnen. Auch die Arbeitsbedingungen, die in Frauenberufen herrschen, werden immer mehr auf alle Bereiche übertragen. Ein Beispiel hierzu ist die

Verlängerung der Ladenöffnungszeiten. Im Einzelhandel werden die Arbeitszeiten schrittweise in die Abendstunden und auf das Wochenende ausgedehnt. Dadurch werden die Voraussetzungen geschaffen, später auch in anderen Bereichen nachzuziehen. So wird die Situation für Beschäftigte beider Geschlechter härter.

Wir fordern:

- *Kampf gegen Privatisierung, Tariffucht und Outsourcing*
- *Gleiche Rechte und volle tarifliche Absicherung für Teilzeitbeschäftigte*
- *Die bürgerliche Presse und die Bundesregierung reden vom Recht auf einen Teilzeitarbeitsplatz. Wir fordern das Recht auf einen tariflich gesicherten Vollzeitarbeitsplatz für jede und jeden der das wünscht*
- *Gesetzlicher Mindestlohn von 18,- DM pro Stunde netto für alle Teilzeitbeschäftigten*
- *Sofortiger Ausstieg der Gewerkschaften aus dem „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“, statt dessen gemeinsamer Kampf von Frauen und Männern gegen Arbeitsplatzabbau und Lohnraub.*

Frauen und Arbeitslosigkeit

Auch beim Thema Arbeitslosigkeit wird die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen im Erwerbsleben deutlich. Zwar gleichen sich die Arbeitslosenquoten von Frauen und Männern immer mehr an, so dass im November 2000 die Quote der Frauen mit

10,2 Prozent nur noch um 0,6 Prozent über der der Männer lag, während der Unterschied im November 1996 mit 1,4 Prozent noch mehr als doppelt so groß gewesen ist⁷.

Die Statistik wird jedoch zu Lasten der Frauen dadurch verfälscht, daß sich viele Frauen z.B. nach der Geburt eines Kindes gar nicht erst arbeitslos melden. Unter den Langzeitarbeitslosen sind Frauen in der Mehrheit. Frauen waren 1999 im Jahresdurchschnitt 3 Wochen länger arbeitslos als Männer. Am schlechtesten sieht die Lage für Frauen aus, die eine tariflich abgesicherte Teilzeitbeschäftigung suchen.

In Bereichen, wo viele an- oder ungelernete Arbeitskräfte entlassen werden, sind auch meistens Frauen betroffen. Haben Frauen dagegen eine qualifizierte Ausbildung in einem eher „männlichen“ Beruf, werden sie wegen Vorurteilen oft nicht eingestellt. Viele Frauen, die aus familiären Gründen ihre Berufstätigkeit unterbrechen, haben nur schwer eine Chance, wieder einzusteigen. Bei den schnellen Entwicklungen in der Technik sind sie nach wenigen Jahren schon im Rückstand. Selbst wenn ein Mann einverstanden ist, statt seiner Partnerin zur Kinderbetreuung zu Hause zu bleiben, scheidet der Vorsatz meist daran, daß es nicht möglich ist, nur vom durchschnittlich geringeren Gehalt der Frau zu leben.

Angeblich versucht die Regierung, das Problem der Frauenarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Sie appelliert z.B. an Städte und Gemeinden, bevorzugt ABM-Stellen für Frauen einzurichten.





Anstatt Arbeitslosigkeit abzubauen verlagert die Einführung von quotierter Arbeitsplatzvergabe die Arbeitslosigkeit nur. Gleichzeitig verstärkt sie die Konkurrenz zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und verschärft die Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse. Deshalb kämpfen wir für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und für Vollzeitbeschäftigung und befürworten die Quotierung bei der Arbeitsplatzvergabe nicht.

Das Jugendsofortprogramm der Rot/Grüne Regierung mit einem Schwerpunkt auf junge Frauen wird hoch gelobt.

Seine Auswirkungen sind jedoch gering. Die Arbeitslosigkeit unter jungen Frauen zwischen 20 und 25 sank im Osten nur um ein Prozent mehr als bei den Männern, bei denen sie sich um 5 Prozent verringerte. Im Westen zeigten sich für diese Altersgruppe gar keine Unterschiede. Dabei handelt es sich bei dem Regierungsprogramm vor allem um eine kosmetische Maßnahme mit der die Statistik geschönt wird, da langfristig keine echten Ausbildungsstellen geschaffen werden.

Wir brauchen keine Appelle nach ABM-Stellen, sondern gut bezahlte, sichere Arbeits- und Ausbildungsplätze. Entlassungen können wir uns keine einzige mehr leisten, weder für Frauen noch für Männer. Wenn die Unternehmer behaupten, es gäbe zu wenig Arbeit, entspricht dies nicht der Realität. Bei 1,85 Milliarden Überstunden, mangelnden Kitaplätzen, maroden Schulen, einem nicht ausreichenden öffentlichen Verkehrswesen, dringendem Forschungsbedarf unter anderem in Medizin- und Umwelttechnik gibt es für jede und jeden genug zu tun.

Solche gesellschaftlich notwendige und sinnvolle Arbeit muss nur bezahlt werden. Heute erhöhen die Unternehmer ihre Profite, indem sie rationalisieren und die Arbeitshetze erhöhen, damit sie Leute entlassen und Lohnkosten einsparen können. Es gibt aber keine gesellschaftliche Notwendigkeit, dieses Verhalten zu dulden. Wir könnten heute mit einer erheblich geringe-

Teilzeit und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse

Die Flexibilisierung der Arbeitszeiten und die Zunahme atypischer Arbeitsformen betreffen vorwiegend Frauen. Zwar steigt auch die Zahl der teilzeitbeschäftigten Männer, aber nach wie vor ist Teilzeitarbeit eine typische Erwerbsform von Frauen. Daneben sind auch geringfügige Beschäftigungen, kapazitätsorientierte variable Arbeitszeiten (Arbeiten auf Abruf), Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge typische Formen von Frauenarbeit. Vor allem tariflich und rechtlich weniger abgesicherte Arbeitsverhältnisse, sowie Arbeit mit schlechterer Bezahlung treffen vor allem Frauen.⁸

Dabei hat die Zunahme der Teilzeitarbeit sowohl positive als auch negative Seiten: Einerseits liegt vielen Frauen (vor allem in Westdeutschland) viel daran, Teilzeit zu arbeiten, um nicht ganz aus dem Arbeitsleben ausgeschlossen zu sein. Sie bietet vor allem Frauen mit Kindern diese Möglichkeit.

Auf der anderen Seite kann Teilzeitarbeit und tut dies auch oft, dazu führen, dass Frauen aus den besser abgesicherten Arbeitsverhältnissen ausgegrenzt werden. Gleichzeitig ist sie oft mit erheblichen Einbußen in Bezug auf materielle und soziale Sicherheiten verbunden. Bei den jetzigen Teilzeitarbeitsverhältnissen handelt es sich häufig um „reduzierte“ Erwerbsarbeit im wahrsten Sinne des Wortes: Zeitlich reduzierte Arbeit mit reduziertem Entgelt, reduzierten Chancen auf Aufstieg oder Verbesserung und reduzierter bis fehlender soziale Absicherung. Das gilt besonders für Teilzeitbeschäftigte mit weniger als 20 Stunden pro Woche. Das sind vor allem die 3,3 Millionen Frauen, die in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten und die weiteren 2,7 Millionen „mitverdienenden Ehefrauen“. Doch es ist nicht allein das: Hinzu kommt, dass viele dieser Frauen sich oftmals nicht als richtige Arbeitnehmerinnen empfinden, obwohl sie ihr ganzes Leben arbeiten.

Ein Beispiel aus der Druckindustrie: Viele Frauen, die auf Abruf in den Weiterverarbeitungsabteilungen von Druckereien arbeiten, fühlen sich oftmals nicht als vollwertige Arbeitnehmerinnen und stellen daher keinen Anspruch auf tariflichen Schutz.

Die Zeitungszustellerin, die morgens, wenn die Familie noch schläft, für ein oder zwei Stunden Zeitungen austrägt, empfindet sich oft nicht als berufstätig. Ähnliches gilt für Reinigungskräfte.

Die Rot-Grüne Bundesregierung hat mit der Steuerfreiheit für Ehepartner in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen (ein Teil der Steuerreform) 2001 eine weitere Privilegierung der Ehe festgeschrieben. Es soll keinen Sinn machen, dass die Frau sich um einen vernünftigen Arbeitsplatz bemüht, da der Nebenjob steuerliche Vorteile bringt. Das fördert das Leitbild der „dazu“ verdienenden Ehefrau.



ren Wochenarbeitszeit die selben Werte herstellen, wenn wir die Arbeitslosen nicht mehr zum Nichtstun verdammen würden.

Der durchschnittliche Lebensstandard im Lande müsste durch die Arbeitszeitverkürzung nicht sinken, weil kein Brötchen und keine Schraube weniger produziert würde. Was allerdings sinken würde, wären die Unternehmergewinne. Natürlich werden sich die Großaktionäre und Konzernbesitzer nicht durch gutes Zureden davon überzeugen lassen, dass sie zugunsten der Arbeitslosen auf der einen und der überarbeiteten Beschäftigten auf der anderen Seite auf ihre Millionen verzichten sollen. Solche Veränderungen müssen durch Streiks und Massenproteste erzwungen werden.

Wir können nicht länger dulden, dass einige wenige Unternehmer und Banker unkontrolliert über unser aller Lebensgrundlage- die Produktion – entscheiden.

Die Diktatur des Profits muss abgeschafft werden. Statt privatem Konkurrenzchaos zur Erzielung größtmöglicher Profite für eine reiche Minderheit treten wir für eine sinnvolle, gesellschaftlich geplante Produktion für die Bedürfnisse von Mensch und Natur ein. Um das zu erreichen darf Demokratie nicht am Werkstor aufhören. Wir müssen die demokratische Kontrolle über die Wirtschaft durchsetzen. Aber man kann nur das

kontrollieren, was einem auch gehört.

Deshalb fordert die SAV:

- *Keine Kürzungen der Leistungen für Arbeitslose, Rücknahme aller Verschlechterungen der letzten Jahre*
- *Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen und Altenpflege finanziert mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne*
- *Mindestabsicherung von 2000 DM netto*
- *Kampf um jeden Arbeitsplatz – Verteilung der Arbeit auf alle*
- *als ersten Schritt Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich*
- *Offenlegung der Geschäftsbücher und demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung*
- *Überführung der Banken, Konzerne und Versicherungen in Gemeineigentum*
- *Für eine demokratische Planung der Wirtschaft, damit die Produktion nicht mehr der Gewinnerzielung sondern der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung dient*

Frauen und die Rente

Die Benachteiligung von Frauen im Arbeitsleben zeigt sich auch bei der Rente.

1993 erhielten Frauen in Westdeutschland aus eigener Erwerbsarbeit durchschnittlich 761 DM im Monat, in den neuen Bundesländern lag der Betrag wegen der längeren und teilweise qualifizierteren Beschäftigung der Frauen in der DDR bei 985 DM. Die Witwenrente betrug in Westdeutschland durchschnittlich 993 DM und in Ostdeutschland 614 DM. Damit liegt die Gesamtversorgung der Frauen erheblich unter der der Männer⁹.

Der Rentenunterschied hängt einmal mit den niedrigen Löhnen zusammen. Außerdem bezahlen Frauen dafür, dass sie Kinder aufgezogen und ihre Familie versorgt haben, statt durchgängig erwerbstätig zu sein, oft mit Armut im Alter, weil sie in dieser Zeit keine gleichwertigen Rentenansprüche erwerben konnten.

In der Nachkriegszeit basierte das deutsche Rentensystem darauf, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Rentenversicherungsbeiträge eines Arbeitnehmers jeweils zu gleichen Teilen aufbringen mussten. Die 1998 gewählte, rot-grüne Regierung begann den Ausstieg aus der gesetzlichen Rentenversicherung, indem sie ein Modell vorlegte, nach dem die Beiträge zur paritätisch finanzierten gesetzlichen Rentenversicherung begrenzt werden sollten. Als „Ausgleich“ ist ein ausschließlich von ArbeitnehmerInnen zu zahlender Privatvorsorge- Beitrag geplant. Damit ist der Unternehmer von der Verpflichtung, 50 Prozent der Rentenbeiträge zu zahlen befreit.

Die Privatvorsorge stellt ein riesiges Geschäft für die privaten Versicherungen dar, für das wir die Risiken tragen. Durch die Einzahlungen der Versicherten erhalten die Unternehmen Kapital in Milliardenhöhe, mit dem sie an den Börsen spekulieren. Kommt es zu einem Börsencrash, ist unsere private Altersvorsorge weg. Weil die privaten Versicherungen nur





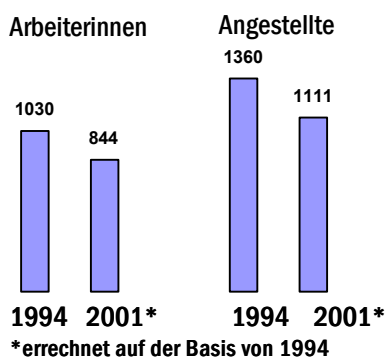
an Gewinnerzielung interessiert sind, besteht immer die Gefahr, dass Frauen wegen ihrer höheren Lebenserwartung bei den Beiträgen benachteiligt werden. Schon dieser kurze Überblick zeigt, dass das neue Rentensystem eine Verschlechterung darstellt. Aber auch das alte System war nicht das Gelbe vom Ei. Nur ein allgemeines staatliches Rentensystem mit einer garantierten Mindestrente, das nicht durch Beiträge für den Einzelnen Arbeitnehmer, sondern aus den Erträgen der Banken und Konzerne finanziert wird, kann die Folgen von Arbeitsplatzabbau ausgleichen und die Benachteiligung, der Frauen durch Mutterschaft etc. ausgesetzt sind, aufheben.

Unser Programm:

- *Für eine garantierte staatliche Rente in Höhe von wenigstens 75 Prozent des Nettoeinkommens, mindestens jedoch 2000,-DM für alle Rentnerinnen und Rentner in Ost und West*
- *Verkürzung der Lebensarbeitszeit mit der Möglichkeit bei voller Rente mit 55 Jahren und weiter verkürztes Renteneintrittsalter bei Berufsunfähigkeit*
- *Rücknahme der Rentenreform*
- *Überführung der Versicherungskonzerne und Banken in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten*

Frauen: Rente mit 60

Monatliche Durchschnittsrenten beim Rentenbeginn mit 60 Jahren; das heißt heute: reguläre Renten, ab 2000: vorgezogene Renten



Gemeinsam kämpfen!

Die Vorstellung einiger Männer, sie könnten auf Kosten von Frauen leichter leben und besser verdienen, ist von Unternehmern und bürgerlichen Politikern immer wieder geschürt worden, um die Bedingungen für alle arbeitenden Menschen - Männer und Frauen - zu verschlechtern. Wo Frauen an Arbeitskämpfen beteiligt waren - egal ob als Arbeiterinnen oder als Mitstreiterinnen in den Arbeitskämpfen ihrer Familienangehörigen - haben sie den Kampf gestärkt und haben nicht selten durch ihre Entschlossenheit und ihren Mut die männlichen Kollegen mitgezogen...

Beispiel Bischofferode

Als 1992 die Schließung des Kaliwerkes in Bischofferode beschlossen wurde, hatten bereits 161 der 222 nach der Wende noch im Betrieb beschäftigten Frauen ihren Arbeitsplatz verloren. Die verbliebenen Kolleginnen und Kollegen wehrten sich gegen die Schließungspläne mit einer Betriebsbesetzung. In die Proteste wurde auch die Familien der Beschäftigten und andere Einwohner der Gegend einbezogen. Sowohl die Ehefrauen der Bergarbeiter, als auch die weiblichen Beschäftigten spielten eine wichtige Rolle bei den Protesten. Ein Dutzend Frauen hielt z.B. wochenlang einen Kalischacht besetzt. Frauen aus Bischofferode ketteten sich aus Protest ans Tor des BASF-Hauptquartiers, sie besuchten Bergleute in ganz Deutschland, um für Solidarität für den Kampf zu werben und beteiligten sich auch an den Hungerstreiks gegen die Schließung.¹⁰

Beispiel Bergarbeiterstreik in Großbritannien

1984/1985 streikten in Großbritannien die Bergarbeiter. Die Regierung unter Margaret Thatcher setzte alles daran, die Bewegung zu zerschlagen. Da in Großbritannien Frauen nicht unter Tage arbeiten dürfen, bestand in den Kohlegruben eine reine Männergesellschaft. Trotzdem begannen die Frauen der Bergarbeiter sich in den Streik einzumischen. Sie wussten genau, dass sie genauso von der Kohle lebten, wie die Männer und wollten ihren Teil zur Verteidigung der Gruben betragen. Als die ersten Frauen bei den Streiks auftauchten, stimmten die Männer Sprechgesänge wie: „Holt die Titten raus für die Jungs!“ an. In der Gewerkschaftszeitung „The Miners“ erschien regelmäßig ein Pin-up Girl auf Seite 3. Wegen dieser Einstellung traf es viele Männer hart, als sie einsehen mussten, dass die Frauen für den Streik immer unentbehrlicher wurden: Frauen ersetzten Kumpel, die durch Platzverweise der Polizei daran gehindert waren, Streikposten zu stehen und schickten die Männer statt dessen in die Suppenküchen. Frauen sprachen vor Massenversammlungen im In- und Ausland, sie drängten die Männer zum Weiterkämpfen und organisierten Demonstrationen und Solidaritätsveranstaltungen. Frauen beobachteten das Verhalten der Gewerkschaftsfunktionäre genau und kritisierten sie, wenn sie sich darum drückten, Streikposten zu stehen. Ob sie wollten oder nicht: Die Kumpel mussten die Frauen als Partnerinnen im Kampf akzeptieren. Diese Erkenntnis veränderte die Einstellung der Männer. Das Pin-up verschwand aus dem „Miner“ und die sexistischen Sprüche ließen nach.¹¹



Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist kein seltenes Phänomen. Nabezu 70 Prozent aller berufstätigen Frauen werden Opfer von massiven sexuellen Belästigungen.¹ Werden Verhaltensweisen wie taxierende Blicke oder anzügliche Bemerkungen miteinbezogen, so sind über 90 Prozent der Frauen betroffen.²

Sexuelle Belästigung hat dabei nichts mit einem Flirt im gegenseitigen Einvernehmen zu tun. Sie ist als eine sexuelle Handlung oder Anspielung zu verstehen, die gegen den Willen und ohne das Einverständnis einer Person geschieht, mit dem Ziel diese abzuwerten. Sexuelle Belästigung stellt eine Form von Gewalt dar, die vornehmlich Frauen an ihrem Arbeitsplatz be-
gegnet.

Die Palette der sexuellen Belästigungen reicht von anzüglichen und beleidigenden Bemerkungen, pornographischen Bildern, Grabsche-reien an Po und Busen, Aufforderungen zu sexuellen Gefälligkeiten bis hin zu Vergewaltigungen. Die Täter sind Kollegen, Vorgesetzte, Ausbilder, Abteilungsleiter, Kunden usw.

Gesellschaftliche Ursachen

Die Konkurrenz am Arbeitsplatz führt oft dazu, dass unter den KollegInnen ein Kampf jeder gegen jeden entsteht. Dabei wird mit harten Bandagen gekämpft. Persönliche Fehler werden genauso ausgenutzt wie schwache gesellschaftliche Positionen.

Sexuelle Belästigung ist ein unmittelbares Resultat der zweitrangigen Stellung der Frauen in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft im allgemeinen. Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz unterscheidet sich von sexistischen Verhaltensweisen, mit denen Frauen außerhalb ihres Berufslebens konfrontiert werden insofern, als dass sich die

Belästigungen entweder auf die Arbeitssituation beziehen oder darauf gründen. Denn die untergeordnete Stellung von Frauen in der Arbeitswelt stellt für viele Männer eine Legitimationsgrundlage dar, Frauen weiterhin in dieser Stellung zu halten und damit die eigene (berufliche) Vorrangstellung zu behaupten. Dabei setzen Männer die Sexualität gezielt als Mittel ein, bestehende Machtverhältnisse zu bestätigen und um vorhandene oder beanspruchte Gleichstellung von Frauen anzufechten.¹ Dieser Sachverhalt geht einher mit der Ausnutzung der beruflichen Stellung: Die Täter befinden sich meist in gesicherten Positionen, sind älter als die Opfer (zwischen 30 und 50 Jahren) und oft seit mehr als zehn Jahren im



Betrieb tätig und verheiratet.¹ Die Opfer, die am stärksten von sexueller Belästigung betroffen sind, sind dagegen in der Regel junge Frauen ohne berufliche Ausbildung, Aushilfen und Frauen, die sich in ungesicherten Arbeitsverhältnissen befinden.¹ Das heißt, die Täter können sich aufgrund ihrer Einbindung in den Betrieb sicher fühlen und suchen sich vor allem Opfer, die sich wegen ihrer unsicheren beruflichen Stellung am wenigsten wehren können.

Daneben dient sexuelle Belästigung Männern jedoch nicht nur als Instrument zur Machtdemonstration, sondern auch dazu, berufliche Konkurrentinnen einzuschüchtern. In diesem Fall ist sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz eine Form von Mobbing: Beispielsweise wurde durch Studien des Bundesministeriums aufgezeigt, dass Frauen in Vorgesetzten- oder Leitungspositionen, die in unserer Gesellschaft mehrheitlich durch Männer besetzt sind, von sexuellen Belästigungen auch stark betroffen sind.¹ In Berufen, in denen Frauen zahlenmäßig unterrepräsentiert sind (zum Beispiel im Polizeiberuf oder im Baugewerbe) sind sie sexuellen Belästigungen stärker ausgesetzt, als in Berufen, in denen sie anteilmäßig stärker vertreten sind.¹

Frauen in der doppelten Opferrolle

Sexuelle Belästigungen gehen nicht spurlos an den Opfern vorüber. Die betroffenen Frauen haben an vielschichtigen psychischen und körperlichen Folgen wie zum Beispiel Schlaf- und Konzentrationsschwierigkeiten, Kopfschmerzen und Selbstwertproblemen zu leiden.² Für viele Frauen wird aus Angst vor Wiederholung der tägliche Gang zur Arbeit zur Qual. Vielfach hegen sie Zweifel an ihrer beruflichen Belastbarkeit und Kompetenz.³ Ängste und das Gefühl allein dazustehen führen dazu, dass viele Frauen sich nicht wehren, weitere Pei-

nigungen ertragen und in letzter Konsequenz sogar kündigen.

Aber auch die Tatsache, dass die Opfer sexueller Belästigungen vielfach keine AnsprechpartnerInnen in ihren Betrieben finden können macht das stillschweigende hinnehmen sexueller Belästigungen erklärbar, sowie die Folgen, die die meisten Frauen nachdem sie sich zur Wehr gesetzt haben, tragen müssen. Denn selbst bei nachgewiesenen Belästigungen werden Frauen vielfach zum zweiten mal Opfer: In den meisten Fällen ist es nämlich die Frau, die laut des Bundesministeriums ihren Arbeitsplatz wechseln muss, das heißt in einen anderen Arbeitsbereich oder eine andere Abteilung versetzt wird. Der Grund für die Versetzung der Frauen ist häufig darin zu sehen, dass der Mann bereits länger in dem Bereich beschäftigt ist oder sich gegenüber der Frau oftmals in einer höher gestellter Position befindet. So ist es beispielsweise für eine Krankenschwester leichter eine Krankenschwester auf eine andere Station zu versetzen als einen Arzt.¹ Damit ist es allerdings das Opfer, das vor der Aufgabe steht sich neu einzuarbeiten wobei der Täter bis auf eine

Gegenwehr ist möglich

Ermahnung letztlich unbehelligt bleibt. Darüber hinaus wird die betroffene Frau durch ihre Versetzung unterschwellig zur Schuldigen deklariert. In vielen Fällen wird der Frau laut des Bundesministeriums sogar offenkundig eine Mitschuld unterstellt. Und obwohl jeder dritte Belästigungsfall von einem Mann ausgeht, der für sein Fehlverhalten im Betrieb bereits bekannt ist, bleiben Sanktionen zumeist aus: Das Bundesministerium stellte in seinen Betriebsfallstudien fest, dass es nur in sechs Prozent der Fälle eine Verwarnung, in einem Prozent eine Versetzung und in 0,4 Prozent eine Entlassung gab.¹

Obwohl sexuelle Belästigung bereits seit langer Zeit als ein Problem erkannt wurde, ist in den Betrieben bis heute wenig geschehen und ein konsequenter Umgang mit den Tätern nicht in Sicht. Auch werden sexuelle Belästigungen vielfach unter dem allgemeinen Begriff *Mobbing* behandelt, wodurch das genaue Ausmaß nicht erfasst werden kann und der wahre





Hintergrund verschleiert wird.

Dennoch gibt es Möglichkeiten, sich zu wehren. Frauen müssen sich nicht alles gefallen lassen. Das wichtigste Mittel der Gegenwehr ist das gemeinsame Vorgehen von Kolleginnen und Kollegen. Dabei ist es wichtig, sich nicht einschüchtern zu lassen. Betroffene Kolleginnen müssen ernst genommen werden und brauchen solidarische Unterstützung. Vertrauensleute, JAV-Mitglieder und Betriebs- bzw. Personalräte müssen in die Pflicht genommen werden, um Kolleginnen vor Belästigung zu schützen. Mittlerweile haben verschiedene Betriebe sogenannte *Dienstanweisungen zum Schutz vor sexueller Belästigung* erlassen. In jeder Stadt gibt es Beratungsstellen die betroffenen Frauen Rat und Unterstützung geben können. Trotzdem ist es weiterhin notwendig dafür zu kämpfen, dass diese Möglichkeiten nicht nur auf dem Papier bestehen, und in allen Betrieben konsequent gegen sexistische Verhaltensweisen vorgegangen wird.

Dazu gehört, dass

- *sexuelle Belästigungen als solche erfasst und benannt werden*
- *sexuelle Belästigung als Verstoß gegen arbeitsrechtliche Normen vom Arbeitgeber anerkannt und disziplinarisch, bis zur Kündigung des Täters, verfolgt wird*
- *Betriebsräte und Vorgesetzte durch fachliche Schulungen für das Problem sensibilisiert werden*
- *die weiblichen Beschäftigten in jedem Betrieb Frauenbeauftragte wählen können*
- *die Belegschaft systematisch darüber aufgeklärt wird, was sexuelle Belästigung ist, wie sie damit umgehen kann und welche gesundheitlichen und psychischen Folgen die Opfer daraus zu erleiden haben*
- *alle pornographischen und abwertenden Bilder sowie*

sonstiges sexistisches Material aus den Arbeitsstätten entfernt werden

Darüber hinaus müssen Frauen und Männer gemeinsam dagegen kämpfen sich in Arbeitskräfte erster und zweiter Klasse spalten zu lassen.

Männliche Kollegen können kein Interesse an sexueller Belästigung am Arbeitsplatz haben, denn sexuelle Belästigung von Frauen dient letztlich der Spaltung der Beschäftigten. Wenn Frauen in männlichen Kollegen ihre Gegner sehen und Männer denken, sie könnten ihren Frust an Kolleginnen auslassen, schwächt das die Kampfkraft und die Einheit gegen die Arbeitgeber. Davon profitieren nur diese und die Beschäftigten, Frauen wie Männer, sind die VerliererInnen.

Dies bedeutet vor allem, dass die Gewerkschaften ihrer Aufgabe nachkommen müssen, konsequent für eine volle Gleichstellung von Frauen und Män-

nern am Arbeitsplatz einzutreten. Denn letztlich kann es nur so gelingen, sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz zu stoppen.

Aufstiegchancen für Frauen?

Wenn heute über Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen geredet wird, wird immer wieder betont, wie sehr sich die Karrierechancen für Frauen in den letzten Jahrzehnten verbessert hätten. Neuerdings wird uns suggeriert, die „Neuen Technologien“ böten Frauen endlich die ultimativen Karrierechancen. Das Signal ist klar: „Jede kann es schaffen, wenn sie flexibel und leistungswillig ist.“ Die Realität sieht anders aus. Tatsache ist, dass gerade Frauen, die einen Hochschulabschluss in einem „Männerfach“ wie Informatik oder Ingenieurwissenschaften haben, doppelt so häufig arbeitslos sind, wie ihre männlichen Kollegen.¹ Immer noch sind Frauen in Führungspositionen absolut unterrepräsentiert. In den Vorständen der einhundert größten deutschen Aktiengesellschaften sitzt beispielsweise nur eine Frau.² Die UN (und das ist kein Witz!) geht davon aus, dass Frauen erst im Jahr 2490 in den oberen Etagen der Wirtschaft gleichberechtigt sein werden³.

Aber auch die wenigen Frauen, die „es geschafft haben“ bedeuten noch lange nicht, dass Frauen an sich einen Fuß in der Tür hätten.

Wirkliche Gleichberechtigung der Frau kann es nur auf Basis sozialer Gleichheit geben.



Mädchen und Frauen in Schule, Uni und Ausbildung

Seit den 60er/70er Jahren hat der Frauenanteil an Gymnasien stark zugenommen. Heute machen mehr Frauen als Männer Abitur, 1998 zum Beispiel waren 55,1 Prozent der Abiturienten weiblich. Häufig haben Schülerinnen die besseren Noten als ihre männlichen Altersgenossen und während pro Jahr 2,9 Prozent der Jungs sitzen bleiben sind es nur 2,4 Prozent der Mädchen!

Das hat aber nicht dazu geführt dass Rollenklischees und Machtstrukturen aufgehoben worden wären. Nach wie vor sind Schulbücher voll von Rollenklischees, wie den wilden Jungs und tratschenden Mädchen. Während Jungs im Schulsport kicken oder ihre Kräfte messen machen Mädchen Gymnastik und Tanz. Vor allem in der Unter- und Mittelstufe dominieren die Jungen den Unterricht, melden sich zu Wort und reißen die Aufmerksamkeit des Lehrers an sich. Überfordert mit zu großen Klassen sind die oft nicht in der Lage auch auf die oft zurückhaltenderen Mädchen einzuge-

hen, die eher gelernt haben sich zurück zu nehmen als in den Vordergrund zu stellen und weniger Selbstbewusstsein mitbringen. Auch direkter Sexismus spielt schon immer früher eine Rolle. Sei es durch männliche Mitschüler die das aus der Gesellschaft oder den Medien übernommene Frauenbild durch Sprüche und Witze weitergeben oder durch Lehrer die „attraktivere“ Schülerinnen bevorzugen, Schülerinnen ungefragt umarmen, oder durch abfällige Sprüche a la „diese Substanz ist auch in jedem Spülmittel, damit solltest du dich aber auskennen „SchülerInnen abwerten.

In Krisenzeiten ist dieses System nicht bereit, weitgehende Bildung für alle zu ermöglichen. Der Trend zur Elitebildung, der immer weiter zunimmt, wird Frauen in besonderem Ausmaß treffen

■ Ausbildung

Die Mehrheit der jungen Frauen macht noch immer eine Ausbildung in „klassischen Frauenberufen. 71 Prozent von ihnen entscheidet sich für eine Ausbildung in den Groß- und Einzelhandel, Banken und Versicherungen, Büroberufe, Hotel- und Gaststättenberufe und andere Dienst-



leistungsberufe. Nur 0,47 Prozent der Frauen macht dagegen eine Ausbildung im Maschinenbau². Bei den typischen Frauenberufen handelt es sich um vergleichsweise schlecht bezahlte Berufe mit wenig Aufstiegschancen. Dass Frauen kaum in andere Ausbildungen vordringen hat viele Gründe: bei Berufsberatungen werden ihnen weniger technische Berufe angeboten, Eltern und Gesellschaft drängen oft auf einen „weiblichen“ Beruf, von Betrieben werden sie mit scheinheiligen Argumenten wie, „wir haben hier keine Damentoiletten“ abgewiesen. Sollten sie doch einen Platz in einem technischen Ausbildungsberuf erkämpfen, sehen sie sich ausschließlich männlichen Ausbildern gegenüber und stehen unter dem Beweisdruck, den Anforderungen wirklich standhalten zu können. Auch die Furcht vor einem sexistischen Arbeitsklima lässt Frauen einen Beruf mit überwiegend weiblichen KollegInnen wählen. Bei der Übernahme stehen Frauen nicht besser da. 1999 bekamen in den neuen Bundesländern 60 Prozent der männlichen Azubis ein Übernahmeangebot, aber weniger als 50 Prozent der weiblichen³.

Frauen an Universitäten

Ein ähnliches Bild bieten die Universitäten. In technischen und naturwissenschaftlichen Studiengängen sowie in Informatik beträgt der Frauenanteil im Schnitt unter zehn Prozent⁴. Männliche Studenten haben ein deutlich höheres Selbstbewusstsein, was die eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten betrifft. So gaben 1996 in einer Umfrage 28 Prozent der Studentinnen an einen hohen sozialen Standart anzustreben aber 40 Prozent der Studenten. Während knapp ein Drittel der Frauen an der Uni eine leitende Stellung anstreben waren das über 50 Prozent der Männer⁵ Wie eng das Selbstbewusstsein der Frauen sich auch naturwissenschaftliche Studien zuzutrauen mit den Erfahrungen aus der Schulzeit zusammenhängen zeigt eine Studie aus Nordrhein Westfalen:

40 Prozent der Informatik- und Chemiestudentinnen hatten reine Mädchengymnasien besucht, dabei machte der Anteil dieser Studentinnen insgesamt nur 4 Prozent aus⁶. Wenn die Wirtschaft in den letzten Jahren den Wert von gut ausgebildeten Frauen betont hat, dann nur um ihre klassische Rolle nochmals festzuschreiben. So wurde ihnen nicht fachliche Kompetenz sondern Teamfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit und Einfühlungsvermögen zugeschrieben.

Bessere Bildung für alle!

Das Recht auf Bildung für alle wurde von der Arbeiterbewegung erkämpft. Aber durch den Sozialabbau der letzten Jahre wurden viele Errungenschaften immer mehr ausgehöhlt. Es gibt zu wenig LehrerInnen. Viele von ihnen stehen kurz vor der Pensionierung. Die Schulgebäude sind verrottet, die Lehrmaterialien veraltet und die Klassen zu groß. Die Unis sind überfüllt. Es fehlen zahlreiche Ausbildungsplätze. All diese Probleme betreffen weibliche und männliche Jugendliche. Dazu kommt, das Sexismus nicht die einzige Form der Diskriminierung ist, der junge Frauen in Bildung und Ausbildung ausgesetzt sein können. Wenn sie aus Arbeiter- oder Angestelltenfamilien stammen, haben sie zum Beispiel schlechter Chancen, eine höhere Bildung zu erreichen. Obwohl in Deutschland heute ungefähr 72 Prozent der Jugendlichen aus Arbeiter- oder Angestelltenhaushalten kommen, stellen sie nur ungefähr 52 Prozent der StudienanfängerInnen. Selbständige dagegen stellen ca. 47 Prozent der StudienanfängerInnen, obwohl sie nur 16 Prozent der Bevölkerung dieses Alters ausmachen⁷. AusländerInnen haben wegen ihrer Herkunft Probleme. Frauen und Mädchen reicht es nicht, wenn sie an der miesen Situation der Jugendlichen insgesamt gleichberechtigt beteiligt werden. Eine wirkliche Verbesserung wäre nur kostenlose und freie Bildung für

all, unabhängig von Herkunft und Geschlecht.

Deshalb kämpfen wir für folgende Forderungen:

- *Bildung für alle! Einstellung aller arbeitslosen LehrerInnen und Senkung der Klassenstärke auf höchstens 15 SchülerInnen*
- *keine Ungleichbehandlung von Mädchen zum Beispiel im Schulsport*
- *kostenlose Selbstverteidigungskurse für Frauen und geschulte Ansprechpartnerinnen an Schulen*
- *Einen qualifizierten Ausbildungsplatz und unbefristete Übernahme für jede und jeden im gewünschten Beruf*
- *keine Benachteiligung von Mädchen und Frauen bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen und Übernahme*
- *Betriebsräte und Jugendausbildungsvertretungen müssen für die schwierige Situation von weiblichen Azubis in „Männerberufen“ sensibilisiert werden um sie bei Problemen gegen männliche Kollegen, Ausbilder und Vorgesetzte verteidigen zu können*
- *Ab 16 Jahren 1500,- DM im Monat Bafög ohne Rückzahlungsverpflichtung für SchülerInnen und Studierende unabhängig vom Einkommen der Eltern*
- *Auf Wunsch der Frauen Einrichtung von Kursen bzw. Vorlesungen nur für Frauen als Angebot in klassischen „Männerstudiengängen und -fächern“*
- *Ausreichend Kinderrippen an jeder Uni für Studentinnen mit Kindern, keine Studiengebühren*



Frauen und Familie

Für viele von uns spielt sich ein wichtiger Teil unseres Lebens in der Familie ab: In unserer Kindheit sind wir meistens völlig von unserer Familie abhängig. Später erziehen wir unsere Kinder in der Familie. Wir organisieren Tätigkeiten wie Essen machen, Kleidung waschen, sich ausruhen, das Auskurieren der meisten Krankheiten usw. innerhalb der Familie. Oft werden auch alte oder behinderte Angehörige in der Familie gepflegt.

All diese gesellschaftlich notwendigen Aufgaben werden innerhalb der Familie unentgeltlich geleistet- zum überwiegenden Teil von Frauen. Egal ob eine Frau als Mutter und Hausfrau besonders viel Zeit mit Hausarbeit verbringt, oder ob sie als Berufstätige versucht, die Hausarbeit auf das Nötigste zu beschränken: die Frau leistet durchschnittlich doppelt so viel unbezahlte Arbeit wie ihr Mann. Das Verhältnis 2:1 besteht in fast allen heterosexuellen Partnerschaften, unabhängig von der Arbeitszeit und dem Einkommen der Frau, dem Bildungsstand des Paares und dem Alter und der Anzahl der Kinder¹.

Hausfrauenarbeit

Eine durchschnittliche, verheiratete und berufstätige Frau ohne Kinder

arbeitet täglich etwa 4,9 Stunden im Haushalt, ein vergleichbarer Mann dagegen nur 2,5 Stunden.² Die Hausarbeit im kapitalistischen System wird also zum Großteil von Frauen verrichtet.

Im Verhältnis zu den technischen Weiterentwicklungen, die im Bereich der Produktion eingeführt wurden, sind die Errungenschaften im Bereich der Hausarbeit (zum Beispiel die Waschmaschine) eher gering.

Manche Arbeitsabläufe im Haushalt wurden nur geringfügig vereinfacht. Das liegt daran, dass Frauen die Hausarbeit tagtäglich aufs Neue alleine in ihren Wohnungen verrichten und kein Unternehmer ein Interesse daran hat, für eine Rationalisierung der Arbeitsabläufe zu sorgen. Hausarbeit stellt deshalb eine sehr rückständige Arbeit dar. Sie ist jedoch nicht nur eine sehr zeitintensive, sondern auch eine mo-

notone Arbeit. In einer sozialistischen Gesellschaft könnte die Hausarbeit vergesellschaftet und damit viel einfacher und unaufwendiger organisiert werden. Zu der ökonomischen Rückständigkeit der Hausarbeit in der Familie kommt die Tatsache, dass die Frauen, die sie erledigen, in ihren eigenen vier Wänden isoliert bleiben und so vom gesellschaftlichen Arbeitsleben ausgeschlossen sind. Hausfrauen können sich deshalb nicht gemeinsam wehren und in den Streik treten, wenn sie die Nase voll haben. Sie haben keine gewerkschaftliche Vertretung, die sie im Widerstand gegen ihre Rolle als Hausfrau und deren Pflichten bestärken könnte. Verschiedene Verbände fordern Hausfrauenlöhne, um die von Frauen geleistete Hausarbeit aufzuwerten.

Hausfrauenlöhne verbessern jedoch nicht grundlegend die Rolle der Frau



als Hausfrau. Diese Rolle wird vielmehr mit einer Entlohnung weiter gefestigt. Frauen müssen statt dessen gemeinsam mit Männern dafür kämpfen, dass Hausarbeit vergesellschaftet wird. Was wir brauchen, sind günstige öffentliche Wäschereien, mehr öffentliche Kantinen, ausreichend Hort- und Kita-Plätze etc.

Nur wenn die Hausarbeit dem Privatbereich jeder einzelnen Familie entzogen wird, ist die Grundlage für die wirkliche Gleichstellung der Frauen gegeben.

Die Rolle der Familie in der Gesellschaft

Wenn in der Öffentlichkeit von Familien die Rede ist, wird meist nicht davon gesprochen, dass sie Orte sind, wo Frauen kostenlose Dienstleistungen zur Verfügung stellen. Vielmehr ist meistens von Geborgenheit, Liebe und Ruhe die Rede. Viele von uns wissen aus eigener Erfahrung, dass die Familie auch ein Ort von Gewalt, Misshandlung und Missbrauch sein kann. Trotzdem wird die Vater-Mutter-Kind-Familie als Ideal verkauft, während Menschen, die ihre Kinder alleine, oder in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft aufziehen wollen, schlecht gemacht werden.

Dies geschieht, weil die traditionelle familiäre Arbeitsteilung die ideale Grundlage für die Ausbeutung von Arbeitskräften im marktwirtschaftlichen System bietet.

Die Unternehmer profitieren davon, dass Frauen unentgeltlich für Kindererziehung, Haushalt usw. sorgen, denn andernfalls müssten sie Betriebskindergärten, Kantinen und Wäschereien finanzieren.

In der klassischen Kleinfamilie lernen die Menschen, mit Hierarchien zu leben: Die Frau muss sich dem Mann, die Kinder müssen sich den Eltern unterordnen. So werden sie darauf vorbereitet, in der Fabrik, in der Armee und gegenüber dem Staat gehorsam zu sein. In der Familie wird uns ein Gefühl für unsere gesellschaftliche

Stellung vermittelt. Wir verinnerlichen, was wir uns als Angehörige unserer sozialen Schicht, unseres Geschlechts und unserer ethnischen Herkunft „erlauben“ können, und worauf wir verzichten müssen.

Die Hausfrauen stellen eine „industrielle Reservearmee“ dar. Ihre schwache Position auf dem Arbeitsmarkt macht es den Unternehmern besonders leicht, sie je nach Bedarf als billige Hilfskräfte in die Betriebe zu holen oder wieder nach Hause zu schicken. Außerdem sind Hausfrauen oft „nebenher“ in geringfügigen und ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen tätig.

Die Familie stellt sicher, dass die Reichen ihre Besitztümer an ihre Nachfahren vererben können, damit das Eigentum von Generation zu Generation weiter konzentriert werden kann.

Die Familie, wie wir sie kennen, wird also nicht deshalb gefördert, weil sie die „natürliche“ Form von persönlichen und sexuellen Beziehungen darstellt. Sie wird gefördert, weil sie den Interessen der Herrschenden dient.

Weg mit §218 !

Der Kampf für die Abschaffung des § 218 des Strafgesetzbuches und das Recht der Frauen, über ihren Körper selbst bestimmen zu können, war über viele Jahre eines der Hauptthemen der Frauenbewegung in der BRD. Doch

die heutige Bilanz sieht alles andere als rosig aus: noch immer haben Frauen in Deutschland nicht das Recht auf Abtreibung, es gibt lediglich eine „Straffreiheit“. Abtreibungen sind zudem mit einer Zwangsberatung verbunden, die das Ziel hat, die Frau zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu bewegen (§ 219 StGB).

Diese Neuregelung des § 218 und § 219 wurde 1995 vom damaligen Bundestag beschlossen. Damit ist die Abtreibungsregelung in Deutschland schärfer als in den meisten europäischen Ländern oder z.B. den USA, in denen überall die „Fristenregelung“ eingeführt wurde (d.h. Recht auf Abtreibung in den ersten 12 Schwangerschaftswochen und keine Zwangsberatung). Für Frauen in Ostdeutschland stellt das geltende Gesetz einen harten Rückschritt dar, denn auch in der DDR galt die Fristenregelung.

Die derzeit geltende Abtreibungsregelung und auch die Diskussionen über die Abtreibungsspielle „Mifegyne“ (RU 486) in den letzten Jahren zeigen vor allem eins: In diesem Staat wird Frauen das Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper noch immer verweigert. Sie werden bevormundet und sollen keine eigenständige Entscheidung darüber fällen, ob sie ein Kind bekommen wollen oder nicht.

Darin ist auch ein Grund zu sehen, warum die Abtreibungsspielle „Mifegyne“ Anfang 2001 wieder vom Markt genommen wurde. Die ehemalige grüne Bundesgesundheitsministe-





rin Fischer und die Krankenkassen haben sich nach der Einführung geweigert, den ÄrztInnen für eine Abtreibung mit „Mifegyne“ ein ausreichendes Honorar zu zahlen. Da die ÄrztInnen bei einem operativen Eingriff im Durchschnitt drei mal so viel Geld bekommen, empfehlen sie den Frauen den operativen Eingriff oder weigern sich sogar, eine Abtreibung mit „Mifegyne“ durchzuführen. Frei entscheiden über die Art der Abtreibung konnten dadurch nur Frauen, die in der Lage sind 600-900 DM aus der eigenen Tasche draufzuzahlen. Gerade mal 2 Prozent der Abtreibungen im Jahr 2000 wurden mit der Abtreibungspille durchgeführt.³

Bei „Mifegyne“ sieht man aber auch, dass die Einführung dieser Methode nicht stattfand, um den Frauen das Leben leichter zu machen, sondern ausschließlich, um damit Profit zu machen. Die ÄrztInnen führen häufig die Abtreibung durch, bei der sie mehr Geld bekommen. Daher stellte der Pharmakonzern den Vertrieb in Deutschland nach einem Jahr wieder ein, weil er nicht den erwarteten Profit einbrachte.

In dieser Gesellschaft wird Medizin und Gesundheitspolitik nicht nach den Interessen der PatientInnen gestaltet, sondern nach den Interessen des Staates und der Pharmaindustrie.

Warum dürfen Frauen nicht über ihren eigenen Körper bestimmen?

Die einzelnen Nationalstaaten haben schon immer versucht, die Zahl der Geburten zu steuern. Meistens sollte dadurch ein Anstieg der Geburtenrate erreicht werden. Allerdings wird in manchen Ländern wie z.B. Indien oder China auch die Verringerung des Bevölkerungswachstums angestrebt. In manchen Ländern wird die Fruchtbarkeit bestimmter Gruppen aus rassistischen oder gesellschaftspolitischen Gründen durch Zwangssterilisation eingeschränkt. Nach der „Wiedervereinigung“ wurde auch in der ehemaligen DDR die in Westdeutschland geltende Fristenregelung eingeführt. Dies hing u.a. auch damit zusammen, dass es nach 1990 einen extrem star-

Frauen und Kinder

Im Zuge der totalen Übernahme von BRD-Gesetzen nach dem Fall der Mauer wurden die damals in der BRD geltenden Mutterschutzbestimmungen einfach übernommen.

Dass auch die früheren Regelungen in der DDR verbesserungswürdig waren, darüber möchte man/frau sich nicht streiten. Aber was den Müttern heute zugemutet wird ist eine gnadenlose Frechheit. So auch in meinem Fall. Gerade 8 Wochen nach einer schweren Entbindung endete der Mutterschutz, das heißt ich musste sofort wieder arbeiten, nachdem es mir langsam etwas besser ging. Ansonsten wird die „junge Familie“ sofort zum Sozialfall. Das Mutterschutzgesetz gibt Müttern, die noch stillen die Möglichkeit eine Stunde der Arbeitszeit zum Füttern des Kindes zu verwenden. Weitere Strecken nach Hause, keine Still- und Wickelräume auf der Arbeit lassen das aber nur in so geringem Maße zu, dass es kaum möglich ist alle Mahlzeiten so zu gewährleisten wie man/frau das für richtig hält oder der individuelle Bedarf des Kindes ist. Dazu kommt, dass ich die Erfahrung machen musste, dass diese „Abwesenheit“ von KollegInnen und Chefs nur selten voll toleriert wurde. Es wirkt es sich schlecht aus, dass ich in der geringeren Zeit natürlich nicht so viel schaffte oder zum Beispiel nicht zu Arbeitstreffen erscheinen oder zu Weiterbildungsmaßnahmen am anderen Ende der Republik fahren konnte. Viele sahen die Stillzeit auch als unberechtigte „Pause“ an. So war ich gezwungen, oft vom Abpumpen auf der Toilette oder vom Stillen zum Arbeitsplatz verspätet zu einer Besprechung zu hetzen, um als „Neue“ nicht noch mehr negativ aufzufallen. Meine regulären Pausen hielt ich auch sehr kurz. Natürlich spielt der Körper da nicht so recht mit, denn Stress verhindert die Milchbildung. So muss sich mein Kind nun doch so früh wie möglich an zusätzliche Kunstmilch und Beikost gewöhnen. Meiner Meinung nach, müssten Mütter, die noch stillen, weiter voll bezahlt zu Hause bleiben dürfen. Die Mutterschutzzeit nach der Entbindung sollte sich an den Bedürfnissen der Frauen orientieren und nicht nach den Interessen des Marktes. Die Politiker sehen es nicht ein, den Unternehmen eine solch große Belastung zuzumuten, wenn diese die Frauen noch länger als 8 Wochen bezahlen müssten. Kinderkriegen und Erziehung ist in deren Augen keine richtige Arbeit.

Von der Leichtigkeit des familien- und kinderfreundlichen Sozialstaates zur Realität. Erst mal schwanger geht es schon los. Überall gibt es Beratungen und Hochglanzbroschüren, in denen von unserem tollen Sozialsystem geschwärmt wird. Keine Frau muss aus sozialen Gründen abtreiben, überall gibt es doch ständig Geld und Kindergartenplätze! Ist das Kind dann da, darf frau/man auch sofort aus dem Wochenbett springen, um frisch und fröhlich mit dem Neugeborenen alle Ämter abzuklappern, damit wenigstens das Geld, was einem zusteht auch halbwegs pünktlich kommt. Ist die Tour zur Kita-Anmeldung, Kindergeldkasse und zur Erziehungsgeldstelle erledigt, heißt es: Auf zum Sozialamt! Nach weiteren sieben oder acht Terminen hat frau/man endlich alle Papiere zusammen. Dann heißt es: Ach, Sie gehen inzwischen schon wieder arbeiten? Na dann verdienen Sie ja mit Ihrem Einstiegsgehalt genug! Dachte ich auch, für eine Person. Aber dass es für drei Personen und die Miete reicht, erschien mir abwegig. Bei einem Anfängergehalt von knapp 2000 DM kann ich locker mein Kind und meinen arbeitslosen Freund (wegen der Gleichstellung der Lebensgemeinschaften) ernähren, dazu auch die volle Miete (zirka 800 DM), Kindergartenplatz (zirka 100 DM) und Fahrkarten (zirka 150 DM) zahlen und noch ein paar hundert Mark im Monat sparen. Deshalb stehen uns auch kaum Einmalzahlungen für Waschmaschine oder ähnliches zu. Soviel zum Thema Kinderfreundlichkeit!

Wir sollten uns einsetzen für eine gesetzliche Mindestsicherung von 2000 DM für jede und jeden, damit Frauen unabhängig von finanzielle Gründen entscheiden können, wann sie wieder arbeiten möchten. Außerdem benötigen wir ausreichende und kostenlose Kindergarten- und Kindertagesstätten.



ken Rückgang der Geburten in Ostdeutschland gegeben hat. Heute ist die Geburtenrate in Deutschland eine der niedrigsten weltweit. Der Staat reagiert darauf, indem er den Frauen das Recht abspricht, über ihren Körper selbst zu entscheiden.

Diese Einstellung drückt sich auch in § 219 Absatz 1 StGB aus, der mit dem Satz beginnt: „Die Beratung dient dem Schutz des ungeborenen Lebens“ und nicht etwa der Information oder dem Wohl der schwangeren Frau.

Aber die Kontrolle über Schwangerschaften und Abtreibung dient auch zum Erhalt der Rolle, in die Frauen in der kapitalistischen Gesellschaft gepresst werden: Die liebevolle Mutter und Ehefrau, die sich um das Wohl der Familie kümmert, die unbezahlte Hausarbeit und Erziehungsaufgaben übernimmt und nur dann arbeiten soll, wenn der Arbeitsmarkt zusätzliche Arbeitskräfte benötigt.

Der Rückgang der Geburtenrate, ganz besonders in Ostdeutschland, ist zum großen Teil darauf zurückzuführen, dass viele Menschen sich Kinder einfach nicht mehr leisten können.

In vielen Ländern sind die Menschen gezwungen, ungeachtet der Kosten, viele Kinder zu bekommen, weil sie

ohne diese ein geringes gesellschaftliches Ansehen genießen und ohne Altersversorgung dastehen. In Deutschland wirkt sich im Gegensatz dazu die Anzahl der Kinder nicht positiv auf die Höhe der Altersversorgung des Einzelnen aus. Viele Kinder stellen daher eine große finanzielle Belastung dar.

Armut ist deshalb ein wichtiger Faktor bei der Entscheidung gegen eine Schwangerschaft ist. So verfügen 70 Prozent der Frauen, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden über ein geringes Einkommen. In Ostdeutschland trifft dies auf 90 Prozent zu.⁴

Kinder zu bekommen bedeutet noch immer, dass Frauen beruflich zurückstecken müssen und das sie hauptverantwortlich für die Kindererziehung sind. Die Neuregelung des § 218 war an die Bedingung geknüpft, dass es ab 1996 für jedes Kind einen Kindergartenplatz gibt, aber die Realität sieht anders aus. Auch die Situation an den Schulen und in der Ausbildung wird durch die Kürzungspolitik immer katastrophaler - wer will da noch Kinder in die Welt setzen?

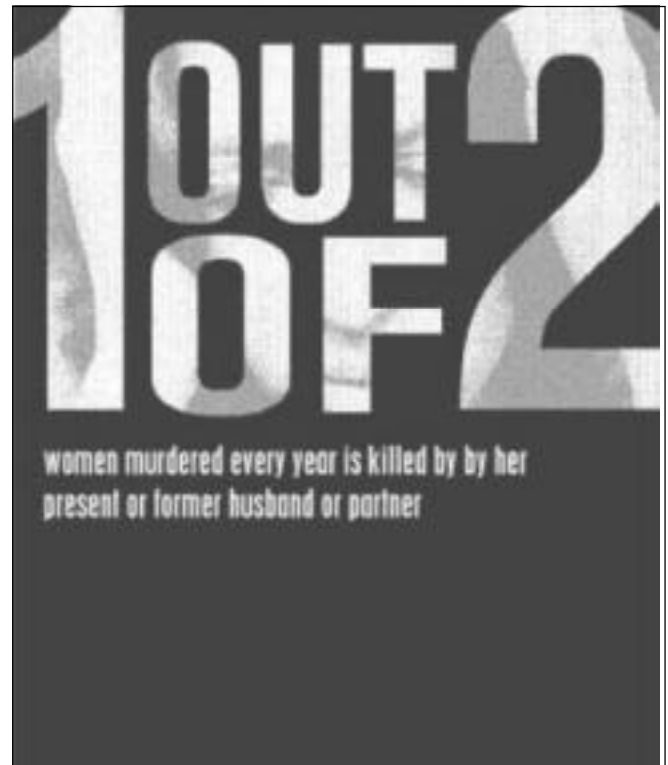
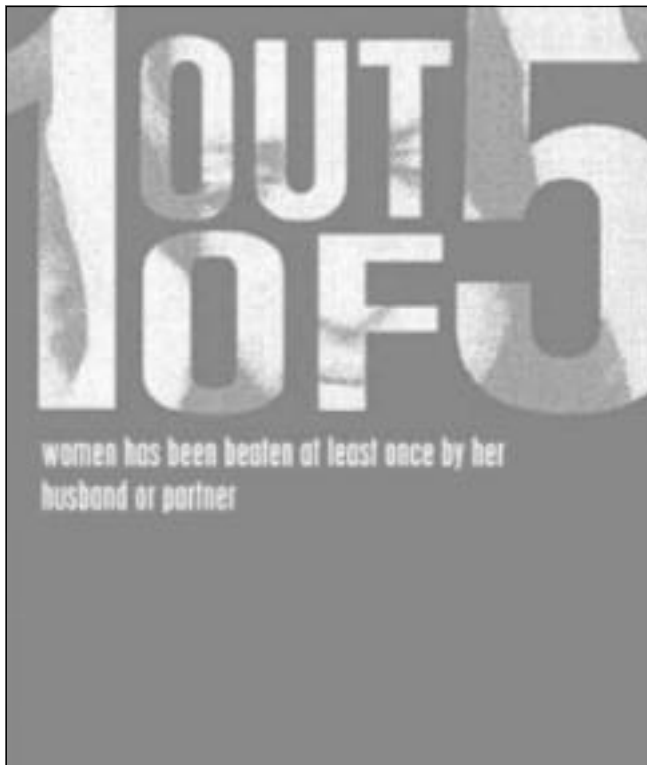
Wir wollen eine Gesellschaft, in der Frauen in jeder Hinsicht gleichberechtigt sind. Wir Frauen wehren uns da-

gegen, durchs Kinderkriegen benachteiligt zu sein. Beruf und Kinder müssen vereinbar sein. Wir wollen, dass sich Frauen und Männer - frei von finanziellen und materiellen Zwängen - für Kinder entscheiden können und Frauen so das volle Selbstbestimmungsrecht haben:

- *Weg mit den Abtreibungsparagrafen § 218 und § 219*
- *Keine staatliche Bevormundung der Frauen durch Beratungszwang*
- *Keine kommunalen Kürzungen auf Kosten der Frauen und Kinder*
- *Kostenlose Kinderbetreuung vom 1. bis zum 13. Lebensjahr*
- *Kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln an Frauen und Männer, Mädchen und Jungen*
- *Sexualaufklärung in allen Grund- und weiterführenden Schulen*
- *Volle Kostenübernahme bei Abtreibung, sowohl für operative Eingriffe als auch für die Abtreibungspille; freie Wahl der Abtreibungsmethode für die Frau*
- *Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen für alle*



Jedes Jahr sterben 200.000 Frauen auf dieser Welt an den Folgen illegaler Abtreibungen. (Quelle: Seager „Der Fischer-Frauen-Atlas“, 1998)



Sexismus und Gewalt gegen Frauen

In dieser Gesellschaft wird die Frau zur Frau gemacht. Schon im Kindesalter werden durch Erziehung bestimmte Rollenbilder weitergegeben und gefördert. Stellen wir uns eine Familie mit zwei gleichaltrigen Geschwistern unterschiedlichen Geschlechts vor. Während der kleine Junge mit männlichen Heldenfiguren wie „Masters of the Universe“ oder moderneren wie Pokemon-Monstern extra für Jungen spielt und naturwissenschaftliche Bücher liest, bekommt das Mädchen Pferde- und Freundinnenromane geschenkt und beschäftigt sich mit ihrer Barbie oder ihrem „Extra-für-Mädchen-Pokemon-Monster“.

Dank Playmobil gibt es jetzt sogar eine rosa Playmobilreihe mit Puppenhäusern und Märchenschlössern. Das Mädchen soll anpassungsbereit und niedlich sein und sich bitte nicht schmutzig machen, der Junge darf sich da schon eher austoben und sich durchsetzen, denn er ist ja ein Junge und bekommt allein schon deshalb oft mehr erlaubt.

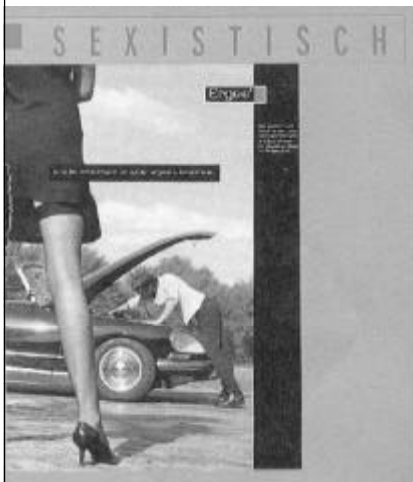
In der Schule setzt sich dieser Prozess fort. Es wird schon als natürlich angesehen, dass der Junge Naturwissenschaften beherrschen sollte und das

Mädchen gut Sprachen lernen kann. In ihrem weiteren Leben sieht sich die heranwachsende Frau dann mit dem öffentlich von den Medien propagierten Bild der perfekten Frau konfrontiert. Während sie schon auf jeder Fernsehzeitschrift halbnackte Frauen betrachten muss, sind auch die Frauenzeitschriften voll von „typisch weiblichen“ Themen wie Sensationsgeschichten über Promis, Liebe, Partnerschaft, Schönheit, Kochrezepte und Babyahrung. Auch in TV-Serien sehen wir nur „schöne“ bzw. fast

Grafik1 (oben): „1 out of 5 women has been beaten at least once by her husband or father“: Eine von fünf Frauen wurde mindestens einmal von ihrem Ehemann oder Partner geschlagen.

Grafik 2 (oben): „1 out of 2 women murdered every year is killed by her present or former husband or partner“: Eine von zwei ermordeten Frauen wurde von ihrem jetzigen oder früheren Ehemann oder Partner getötet.

(Quelle: Europäische Union)



Sexistische Werbung:

Halbnackte Frauen auf fast jeder Fernseh-, Motorrad- oder Autozeitschrift. Werbeanzeige oben, zu sehen ist eine Frau in einem Netz sowie das beworbene Getränk in einer Flasche: „Hätten Sie nicht Lust, sie gleich zu öffnen?“

Perfekte Propaganda:

57,3 Prozent aller Frauen, die in einer deutschen Studie befragt wurden, sind der Ansicht, dass Hausarbeit Frauensache ist. Bei wichtigen Entscheidungen sollte nach Meinung von 29,6 Prozent der Befragten immer der Mann das letzte Wort haben. (Quelle: Hamburger Abendblatt, 8.9.00)

magersüchtige Frauen. Tritt mitunter eine „hässliche“ oder dicke Frau in einer Serie auf, dann oft nur, um das Problem des Dickseins zu thematisieren. Der Druck auf Frauen, dem Schönheitsideal zu entsprechen wird dadurch enorm erhöht. Da verwundert es schon fast gar nicht mehr, dass 73 Prozent der jungen Frauen, die in einer Studie in England, Österreich, Spanien und Deutschland befragt wurden, angaben, dass sie ein Gewicht unter dem Normalgewicht am attraktivsten finden.

In Deutschland sind zwei von drei der 14-bis 19-Jährigen mit ihrem Aussehen nicht zufrieden und haben schon eine Diät hinter sich. Die Tatsache, dass ungefähr die Hälfte aller Frauen in westlichen Industrienationen glaubt, zu dick zu sein, unterstreicht das Erfolgsmaß der sexistischen Propaganda.

Aber auch viele Männer verstehen diese Anforderungen an Frauen als gerechtfertigt und werden durch sexistische Sprüche und Witze selbst zum Förderer dieser Ansprüche. Die Frauen reagieren darauf selten mit einer solidarischen Haltung den anderen weiblichen Opfern gegenüber, sondern begreifen sich zudem häufig noch als Konkurrentinnen.

So wie die Arbeitskraft der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers im Kapitalismus zur Ware erklärt wird, die verkauft werden muss, um den Lebensunterhalt zu sichern, wird auch der Körper der Frau und die Frau an sich in unserem System zur Ware deklariert. Ihr Körper soll unter anderem dem vorherrschendem Schönheitsideal entsprechen, Frauen werden in Pornos zum Sexobjekt degradiert und durch die Existenz von Prostitution als fortwährend verfügbar und kaufbar dargestellt.

Der Schritt zu Gewaltanwendung gegen Frauen im realen Leben und in den eigenen vier Wänden ist da nicht mehr weit von entfernt.

Es ist jedoch nicht der Mann an sich, der individuell an dem existierenden Sexismus die Hauptschuld trägt und ihn sich ausgedacht hat. Die These von der Schuld eines jeden Mannes

stellen Feministinnen wie Alice Schwarzer immer wieder gern auf. Ihnen zufolge haben Sexismus und Frauenunterdrückung ihre Wurzeln nicht in der Klassengesellschaft, sondern lauern in jedem Mann, weil alle Männer von Macht korrumpiert seien. Ob diese „Macht“ ihren Grund in den gesellschaftlichen Verhältnissen hat, oder ob auch Frauen in hohen Positionen von ihr korrumpiert werden, interessiert bürgerliche Feministinnen wenig.

Wir denken weder, dass Frauen von Natur aus aufgrund ihres Geschlechts schwächer als Männer sind, noch dass Männer mit angeborenen Vorurteilen auf die Welt kommen. Es ist beispielsweise nicht die Schuld der männlichen Arbeiter, dass Frauen nur zwei Drittel des Männerlohns durchschnittlich verdienen. Sie können auch nichts für die Werbekonzepte großer Unternehmen. Der Arbeiter, Arbeitslose oder auch der Jugendliche kann zwar eine frauenfeindliche Haltung annehmen und auch selbst zum Täter werden und sich der Frauenemanzipation in den Weg stellen, aber er ist nicht das eigentliche Übel und auch nicht die Ursache für die Existenz von Sexismus.

Aber woher kommt der Sexismus dann?

Dass sich eine Definition von Sexismus beispielsweise nicht in einem zwanzigbändigen dtv-Lexikon finden lässt, deutet auf die Tatsache hin, dass keine öffentliche Erklärung dazu abgegeben werden soll und kann. Der Grund hierfür liegt darin, dass der Staat und die herrschende Klasse selbst ein Interesse daran hat, die patriarchalischen Familienstrukturen aufrecht zu erhalten. Diesem Interesse kommt er durch unterschiedliche Löhne, Familienförderungskonzepte, legale Pornographie, gewollte Prostitution und weitere frauenfeindliche und die Familie stabilisierende Regelungen nach.

Es ist unsere Aufgabe für ein volle Gleichstellung der Frau einzutreten und deutlich zu machen, dass Sexismus die Frau aufgrund ihres Geschlechts auf ihren Körper reduzieren



soll. Nach dem uralten Teile-und-Herrsche-Prinzip dient der Sexismus dem kapitalistischen Staat als Spaltungsmittel zwischen Männern und Frauen, um zu verhindern, dass sich Arbeiterinnen und Arbeiter ihrer gemeinsamen Interessen bewusst werden, die mit diesem ausschließlich am Profit orientierten System unvereinbar sind.

Schönheitswahn und Schönheitsindustrie

Warum glaubt die Hälfte aller Frauen in westlichen Industrienationen zu dick zu sein, wenn nur ein Bruchteil von ihnen wirklich Übergewicht hat? Wie kommen Frauen dazu, sich nach dem Essen zu erbrechen, sich Fett absaugen zu lassen und regelmäßig Abführmittel und Appetitzügler zu schlucken? Ist der ganze Schönheitskult von den Frauen gewollt oder nur ein Mythos (eine Massenvision)?

Die Entstehung des Schönheitswahns

Schönheitsideale hat es schon immer gegeben. Sie waren jedoch von Epoche zu Epoche unterschiedlich. Im antiken Ägypten galten schlanke, knabenhafte Frauen als attraktiv, in Europa fand man in der Zeit des Barock dicke Menschen besonders gutaussehend.

Im alten China wurden den Mädchen der Oberschicht die Füße zusammengeschnürt, so dass sie verkrüppelten. Dadurch waren Frauen ihr Leben lang nicht in der Lage, sich unabhängig zu bewegen, geschweige denn zu arbeiten. Durch diese „Mode“ konnten Männer, die mit einer solchen Frau verheiratet waren, nach außen zeigen, dass sie reich genug waren, sich eine zur Arbeit untaugliche Frau zu leisten. Bis zur Industrialisierung waren die Schönheitsideale von Ober- und Unterschicht verschieden, da Mode vor allem dazu diente, Reichtum zur Schau

Männlich dominierte Sprache

Seit 1999 haben die Tiefs im Wetterbericht nicht automatisch weibliche und die Hochs ausschließlich männliche Namen. Dies ändert an unserem allgemeinem Sprachgebrauch jedoch wenig. Wir sprechen immer noch von Sekretärinnen und Putzfrauen statt von Schreib- und Reinigungskräften.

Man sagt z.B. auch, dass „*Otto Normalverbraucher* es herrlich findet, wenn seine *Mannschaft* gewinnt und dass er sich kaum *beherrschen* kann, wenn die Gegner mit *Mann* und *Maus* untergehen.“ Früher hieß es: „Ein Mann sei ganz schön *dämlich*, wenn er sich eine Frau nimmt, weil er durch das *Weibergeschwätz* und ihre ständige *Frauenleiden* selbst leicht *weibisch* wird.“ Frauen werden immer wieder gern als *Torten*, *Schnitten* oder *Schnecken* bezeichnet.

Sowohl in der Schriftsprache als auch in der gesprochenen Sprache werden Personengruppen oft nur mit männlichen Bezeichnungen benannt, obwohl sowohl Frauen als auch Männer gemeint sind. Statt von Schülern und Schülerinnen ist dann beispielsweise nur von Schülern die Rede. Wir verwenden in dieser Broschüre das große „I“, weil wir deutlich machen wollen, dass Frauen in den meisten Bereichen eine ebenso große Rolle wie Männer spielen. Dagegen schlagen wir zum Beispiel bei der Bezeichnung von Unternehmern nicht das große „I“ vor, da dieser Bereich besonders männerdominiert ist. Da die Sprache in erster Linie ein Spiegelbild der Gesellschaft ist, sollten wir uns nicht der Illusion hingeben, durch eine geschlechtsneutrale Sprache die Gesellschaftsstrukturen ändern zu können. Trotzdem kann mit Sprache auf Missstände in unserer Gesellschaft aufmerksam gemacht werden.

Männlich dominierte Sprache schlägt sich nicht nur in der Wortwahl, sondern auch in Sprüchen wie „Du bist heute so zickig, du hast wohl gerade deine Tage“ oder beispielsweise auch in Blondinenwitzen nieder.

Nicht nur inhaltlich ist Sprache männlich geprägt. Oft fehlt Frauen im Gegensatz zu den meisten Männern beim Sprechen der mangelnde Nachdruck in ihren Worten. Sie stellen eigene Aussagen durch Wörter wie „oder?“ und „meinst Du das auch?“ am Ende des Satzes gleich wieder in Frage. Frauen verwenden auch sehr oft Umkehrwörter wie „vielleicht“ oder „eigentlich“ um auszudrücken, dass sie eher unsicher sind und lieber anderen die Entscheidungen überlassen. Sätze wie „Ich würde gern in diesen Film gehen, könnte aber auch in einen anderen gehen, würde aber am liebsten, wenn Du das okay findest, dann doch den einen gern sehen“ sind nicht symptomatisch dafür, dass Frauen nicht wissen was sie wollen, sondern dafür, dass sie dem Mann oft den Vortritt lassen.

Statt anderen zu widersprechen, ziehen sich Frauen oftmals zurück und denken dann insgeheim, dass sie es besser gewusst hätten.

In der Regel nehmen Männer mehr Redezeit für sich in Anspruch als Frauen. Eine Untersuchung über die Sprechgewohnheiten von Männern und Frauen in gemischten Gruppen ergab: Die Redebeiträge von Frauen waren durchschnittlich 3-10 Sekunden, die der Männer 11-17 Sekunden lang. Die längsten Wortbeiträge der Frauen waren also kürzer als die kürzesten der Männer. (Quelle: Deborah Tannen, *Du kannst mich einfach nicht verstehen*, Hamburg 1991, S.77)



zu stellen, was sich die Unterklasse nicht leisten konnte.

Bis vor ungefähr 200 Jahren waren die Frauen der Unterschicht in Europa meistens in die Großfamilie als Arbeitseinheit eingebunden. Die Rollenbilder von Frauen und Männern waren durch die gesellschaftliche Stellung und religiöse Reglementierungen festgelegt. Adel und Kirche hatten kein Interesse daran, dass sich Mitglieder der unteren Stände als Individuen wahrnehmen konnten. Deshalb wurde die Beschäftigung mit sich selbst und dem eigenen Körper zumindest bei Frauen der unteren Stände nicht gefördert. Eitelkeit galt als Sünde. Die unterschiedlichen Schönheitsideale stehen also im Zusammenhang mit der jeweiligen gesellschaftlichen Situation und Produktionsweise.

Im Kapitalismus wurden erstmals die technischen Voraussetzungen geschaffen, Schönheitsbilder und Schönheitsprodukte massenweise herzustellen und zu verbreiten. Damit entstand ein großer Markt für Unternehmen, die sich allein darauf spezialisierten.

Frauen stellen im Kapitalismus eine besonders gute Zielgruppe für Schönheits- und Modeprodukte dar, weil sie nicht nur ihre Arbeitskraft an Unternehmen, sondern auch sich selbst – und ihre Fähigkeit Reproduktionsarbeit zu leisten – auf dem Heiratsmarkt anbieten müssen. Das weibliche Schönheitsideal soll signalisieren, dass die Frau eine besonders gute Ehefrau ist.

Lange Zeit war deshalb ein Weiblich- und Häuslichkeitskult modern. Mit Zunahme der weiblichen Erwerbsarbeit und fortschreitender Emanzipation der Frauen in der letzte Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts kam es zu einer Entzauerung der Mutterrolle.

Heute ist es weniger wichtig, besonders häuslich zu wirken, gut kochen zu können und Kinder zu gebären. Es kommt vielmehr darauf an, durch das äußere Erscheinungsbild Disziplin, Jugend und Erfolg dar-

zustellen. Die Schönheits- und Modeindustrie versucht immer neue Maßstäbe zu setzen. Diese sind zum Großteil gar nicht erfüllbar. So werden sogar Werbeplakate mit Topmodels wie Claudia Schiffer aus Fotos verschiedener Frauen zusammen geschnitten, um noch perfekter zu erscheinen. Immer mehr Frauen leiden darunter, trotz Diäten, Kosmetika und Schönheitsoperationen diesen Idealen nicht gerecht werden können.

Aus diesem Grund ist es richtig, von einem Schönheitsmythos zu sprechen, den die Frauen sich nicht selbst ausgedacht und verordnet haben.

Auswirkung des Mythos auf die Frauen

Durch die Sisyphusarbeit der Frauen an ihrem Körper, der sie sich täglich aufs Neue unterziehen, werden sie so hinreichend beschäftigt, dass wenig Zeit bleibt, sich politisch oder anderweitig zu organisieren bzw. eigene Ansprüche an die Gesellschaft zu formulieren. Entziehen kann sich dem Wahn fast keine Frau. Egal ob im Fernsehen, in Filmen, in Frauenzeitschriften oder auf Plakatwänden: Überall lächeln uns Frauen entgegen, die im Durchschnitt 23 Prozent weniger wiegen im Vergleich zu der restlichen weiblichen Bevölkerung. Vor 25 Jahren wogen sie „nur“ 8 Prozent weniger.¹ Wen wundert es da schon noch, dass die meisten Frauen in Umfragen als Hauptwunsch angeben, 5 bis 8 Kilo abzunehmen, anstatt sich z.B. einen ausfüllenden Beruf zu erträumen

In den USA sind schon 20 Prozent der Studentinnen an Magersucht erkrankt, in England leiden 50 Prozent aller Frauen an Essstörungen, in Deutschland glaubt über die Hälfte der jungen Frauen zu dick zu sein.² Die Stiftung Warentest gab 1999 an, dass 2 Prozent aller Jugendlichen an Magersucht leiden. Magersucht ist eine Krankheit, die bei Frauen in Industrienationen zunimmt. Sie macht bei keinem Körpergewicht halt; ist das Idealgewicht erreicht, hungern die Frauen zwanghaft weiter, aus Angst, wieder zuzunehmen..

Essstörungen

Auf den Fidschi-Inseln hat die Einführung des Fernsehens mit westlichen Programmen in den 90er Jahren innerhalb von nur drei Jahren 15% aller Teenager krank gemacht. Die Anzahl der Essgestörten hat sich verfünffacht in kurzer Zeit (Alice Schwarzer, der große Unterschied, Köln 2000).



Bild: Fotomodell Jodie Kidd

In der DDR wurden bulimischen Erkrankungen in dem Maße nicht bekannt. Diese Essstörung nimmt seit der Wiedervereinigung auch in den neuen Bundesländern zu (Ratzke 1995).



Magersucht



Magersucht bedeutet viel mehr als die bloße Verweigerung von Nahrung. Mädchen und Frauen werden nicht deshalb magersüchtig, weil sie sich primär einen schönen Körper wünschen, sondern weil es für sie ein Weg zu sein scheint, in unserer Gesellschaft Anerkennung und Achtung zu bekommen. Frauen haben weniger Chancen im Beruf, ihre Leistungen werden mit weniger Geld oder gar nicht honoriert. Dabei gilt heute die Parole: Jeder ist seines/ihrer Glückes Schmied. Frauen versuchen, ihr Glück in die Hand zu nehmen und scheitern an den Hürden, die gerade für Frauen in der kapitalistischen Gesellschaft hoch sind. Sie fühlen sich nicht verstanden und angenommen. Also versuchen sie, etwas zu tun: Nämlich den Körper dazu zu gebrauchen, das Ziel zu erreichen, von anderen akzeptiert zu werden



Von Bulimie (Ess- und Brech-Sucht) sind 3-4 Prozent in Deutschland betroffen. An Essstörungen allgemein leidet jede zehnte junge Frau³, jede zweite Frau hat damit in ihrem Leben konkret zutun gehabt.

Die Schönheitschirurgie ist zudem das wachstums- intensivste medizinische Fachgebiet. Sie ist das Fachgebiet, in dem die Chirurgen den gesunden Frauenkörper als krank und unzureichend bezeichnen. In Deutschland ist laut einer Studie jede achte Zwanzigjährige zu einer Schönheitsoperation bereit, in den USA sind es zwei von drei.

Wer hat ein Interesse am Schönheitsmythos?

Auf der einen Seite sind die Folgen des Schlank- und Schönheitswahns Schuldgefühle, Angst vor sexuellem Kontakt, Depressionen, Krankheiten und Tod, auf der anderen Seite kann die Schönheitschirurgie, die Diätmittel- und Kosmetikindustrie Milliarden von DM aufgrund weiblicher Ängste und Komplexe profitieren. So sind heute 300 verschiedene Diätmittel auf dem Markt⁴. Das Diätprodukt Slimfast kostete beim Verkaufsstart z.B. 69 DM, in der Herstellung jedoch schlappe 4 DM⁵.

Die Schönheitsindustrie versucht zwar immer mehr, auch an Männern mit Schönheitsprodukten ihr Geld zu verdienen. Dies ist jedoch nicht zu vergleichen mit der Auswirkung des Schönheitskults auf die Frauen. Auf einen magersüchtigen Mann kommen 12 magersüchtige Frauen. Nur ein Prozent der Bulimiekranken sind männlich⁶. Die Anzahl der Artikel über Gewichtsprobleme und Anzeigen für Diätprodukte ist in Frauenzeitschriften zehnmal so hoch wie in Männerzeitschriften⁷.

Männer sollen zwar auch ihr Geld in diese Industrie pumpen. Es entspricht jedoch weniger ihrer Rolle in der Gesellschaft, ihr Selbstbild so stark von Schönheitsidealen beeinflussen zu lassen.

Schönheit ist weder eine universelle, noch eine unveränderliche Größe. Der

Schönheitsmythos hat nichts mit Weiblichkeit zu tun, sondern ist Ausdruck des patriarchalischen Verhältnisses in einer Klassengesellschaft wie dem Kapitalismus gepaart mit knallharten ökonomischen Interessen der Schönheitsindustrie. Durch groß angelegte Werbekampagnen werden Bedürfnisse erst geschaffen. Wer würde beispielsweise sonst auf die Idee kommen, dass das Gesicht Dutzende von Cremes gleichzeitig benötigt, oder dass es besonders toll ist, sich durch Liposuktion (Fettabsaugung) einen Großteil des Gewebes und der Nerven kaputt machen zu lassen.

Wir sind dagegen, dass Frauen sich in jeder Beziehung dünn machen.

Deshalb fordern wir:

- *Aufklärung in Schulen über Essstörungen und gesunde Ernährung*
- *Ausreichend Therapieplätze für essgestörte Menschen*
- *Schluss mit sexistischer Werbung*
- *Enteignung der Schönheitsindustrie; Umstellung der Produktion unter demokratischer Kontrolle durch die Beschäftigten, Gewerkschaften und Vertreterinnen von Frauenverbänden; Schaffung von ausreichend Ersatzarbeitsplätzen*

■ Pornografie

Unter Pornografie kann Unterschiedliches verstanden werden. Für uns ist Pornografie nicht einfach die Darstellung von Sexualität oder Nacktheit. Pornofilme und -magazine sind keine Form von Kunst oder Kultur, sie werden industriell am Fließband hergestellt und degradieren Frauen zu Objekten, die vielfach erniedrigt, misshandelt oder sogar vergewaltigt werden und dies scheinbar genießen.

Im Kapitalismus existiert die Frau als Ware, sei es als schmückendes Beiwerk in der Werbung oder die Frau selbst als Ware. Frauen werden dadurch als minderwertige, benutzbare Menschen dargestellt. Die Pornografie und die

Prostitution sind der stärkste Ausdruck davon.

Uns wird suggeriert, dass Frauen sich danach sehnen, erniedrigt, misshandelt, missbraucht oder sogar vergewaltigt zu werden. Das findet sich nicht nur in Männermagazinen wieder, sondern auch in Frauenzeitschriften, in der Boulevardpresse und seriösen Zeitungen, Comics, Werbung, Fernsehen, Kaufhäusern, Musikvideos etc. Frauen und Mädchen wird vermittelt, dass sie nur begehrenswert sind, wenn sie sich zu einer Sache machen und sich unterwürfig ausliefern.

Pornografie verknüpft oft die Erniedrigung von Frauen zum Sexobjekt mit Gewaltanwendungen gegen Frauen. Diese pornografisierte „Kultur“ prägt heute vor allem Jugendliche. Sie lernen, dass Sex brutal, Gewalt erotisch sei und Frauen sich generell gern dem Mann fügen.

In den letzten Jahren ist die harte Pornografie in den Bereich der legalen Billig- und Hochglanz-Zeitschriften übergeschwappt. Seit 1975 existieren offiziell sogenannte „Snuff“-Filme; der erste Fall der Ermordung einer Frau beim Porno-Dreh wurde bekannt.

Intime zärtliche romantische Liebespiele werden dagegen meistens als langweilig abgestempelt. Feministinnen, die sich gegen Pornografie wehren, werden als Lesben dargestellt oder als frustriert und frigide diffamiert. So auch die Feministinnen um die Zeitschrift „Emma“, die 1988 eine PorNo-Kampagne führten und damit für eine breite öffentliche Diskussion sorgten. Sie blieben aber dabei stehen, den (männlich dominierten, kapitalistischen) Staat aufzufordern, ein zivilrechtliches Gesetz zu erlassen und Pornografie neu zu definieren.

Wie beeinflusst Pornografie das Frauenbild?

Die Existenz und zunehmende Verbreitung von Pornografie ist eine der extremsten Folgen der Teile-und-Herrsche-Politik. Ein Mann, der seine Partnerin, Kollegin oder Kommilitonin ausschließlich als Sexobjekt und

nicht als Persönlichkeit sieht, kann diese nicht als Gleichberechtigte akzeptieren. Eine Frau, die sich in dieser Rolle sieht, kann sich nicht als gleichwertig betrachten. Pornografie bestätigt die bestehenden Verhältnisse und Rollenbilder von Frauen und Männern. Die Erotisierung der Erniedrigung von Frauen ist ein willkommenes Mittel gegen das gewachsene Selbstbewusstsein von Frauen. Nach einer Langzeitstudie der „Gesellschaft für Rationelle Psychologie“ hat sich der Anteil derjenigen, die „die Pornowelt für das wahre Leben halten“ seit 1988 verdreifacht.

82 Prozent aller Männer zwischen 18 und 65 Jahren kennen Pornos; immer mehr Männer erwarten zu Hause von ihren eigenen Freundinnen/Frauen die erniedrigende Re-Inszenierung von Pornografie. Aber nicht nur dadurch sind Frauen betroffen und werden Opfer von Pornografie. Pornografie trifft alle Frauen. Sexualität ist in dieser Gesellschaft kaum Natur. Sie ist vor allem Kultur. Sie ist Produkt vieler bewusster und unterbewusster Einflüsse, Phantasien, Gebote und Zwänge in dieser Gesellschaft. Zum Beispiel Vorstellungen von Frauen, die eigentlich nicht wollen oder dürfen und die zur „Liebe“ erobert oder gezwungen werden müssen/wollen, existieren nicht nur in den Köpfen von Männern, sondern auch in denen der Frauen.

Die Pornoindustrie – ein Milliardengeschäft

Pornografie findet massenhaften Absatz. Seit den 80er Jahren verbreitet sie sich nahezu explosionsartig. 500.000 Pornovideos (davon 200.000 besonders gewalttätig) werden durchschnittlich monatlich ausgeliehen. In Europa haben Sex-Websites 1999 einen jährlichen Umsatz von ca. 6 Milliarden DM, mit Gewinnspannen von bis zu 70 Prozent.

Nach Schätzungen zählt die Pornobranche in Deutschland 18.000 Beschäftigte. In Dänemark rangiert Pornografie als nationaler Wirtschaftsfaktor an dritter Stelle. In den USA ist

die Pornoindustrie größer als die Schallplatten- und Filmindustrie. Die Internet-Pornofirma IEG hat zum Beispiel 1998 einen Gewinn von 15 Millionen Dollar gemacht.

Pornografie bekämpfen

Die bürgerlichen Feministinnen bleiben bei Forderungen an den Staat stehen. Die Kampagnen der Kirchen richten sich gegen einen offenen Umgang mit Sexualität und gegen jede Form der Darstellung von Sexualität. Doch es ist möglich, der Pornografie ein Ende zu machen. Wenn die Gewerkschaften einen Kampf gegen Pornografie führen würden, könnten sie zum Beispiel DruckerInnen dazu aufrufen, pornografische Bilder/Zeitschriften nicht herzustellen.

Wir fordern:

- *Enteignung der Pornoindustrie und deren Abschaffung*
- *Öffentliche demokratische Kontrolle durch Gewerkschaften, Frauenorganisationen und Beschäftigte über die Medien. Frauen sollen entscheiden, was pornografisch und was Darstellung von Sexualität ist*

■ Prostitution

Prostitution existiert genauso wenig „zufällig“ wie jede andere Form der Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen. Zeitgleich mit der Entstehung der Klassengesellschaft, der Ehe und dem Privateigentum entstand die Prostitution. Somit ist Prostitution seit 3000 Jahren das Gegenstück zur Ehe. Im Kapitalismus wird Sexualität genau wie alle anderen Bereiche des Lebens zur Ware gemacht. Frauenkörper kann man sich hier einfach kaufen. Mit der Prostitution wird der Warencharakter von Frauenkörpern auf die Spitze getrieben. Prostitution symbolisiert die totale Verfügbarkeit von Frauen. Der Grund dafür, weshalb Männer zu Prostituierten gehen, ist selten einfach der Wunsch, Sex zu haben. Vielen Männern geht es unter anderem darum, ein

Gefühl von Macht über eine Frau zu erlangen. Dies ist mit der Freundin und der Ehefrau auf dieser Ebene nicht möglich.

Die Zahl der Frauen, die in Deutschland regelmäßig anschaffen gehen, beträgt nach Schätzungen der Polizei 280 000, nach Angaben von Hurenorganisation sogar 400 000.

Im Dienstleistungssektor stellen Sexualberufe den dritt größten Bereich dar, in dem Frauen beschäftigt sind. Es gibt in Deutschland mehr Prostituierte als Lehrerinnen. Ungefähr 22 Prozent aller deutschen Männer über 16 Jahre hatten schon Sexualkontakt zu Prostituierten.¹ Nach Schätzungen der Hurenbewegung gehen täglich 1,2 Millionen Männer täglich zu Prostituierten.²

Warum prostituieren sich Frauen?

Während die Freier anonym und die Zuhälter unbehelligt bleiben, werden Prostituierte schikaniert, diskriminiert und moralisch verdammt. Dies geschieht obwohl Zuhälterei generell verboten ist, Prostitution jedoch nur unter bestimmten Umständen.

Viele Prostituierte sind der psychischen Belastung eines Doppellebens ausgesetzt. Oft können sie nicht in der

selben Stadt arbeiten, in der sie wohnen. Die realen Einkommen von Prostituierten sind in den letzten Jahrzehnten drastisch gesunken. Das Bundesfrauenministerium nennt ein Durchschnittseinkommen von 2000 DM brutto. 50 Prozent der Frauen verdienen sogar weniger als 1700 DM im Monat, nur ein Drittel dagegen kommt auf den Betrag von 3000 DM monatlich. Nicht „professionell“ arbeitende Frauen wie z.B. Zwangsprostituierte sind in dieser Statistik nicht erfasst.³ Die 80 Milliarden DM, die in Deutschland jährlich mit Prostitution umgesetzt werden, fließen also nicht zum Großteil in die Taschen der Frauen, sondern in die der Zuhälter.⁴ Dies widerspricht dem Bild der nymphomanischen, stolzen Prostituierten, die viel Geld mit ihrer Tätigkeit verdienen. Viele Frauen arbeiten aus wirtschaftlichen Gründen in dem Bereich, um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Oft sind es ein schlechter Schulabschluss, Arbeitslosigkeit und mangelnde Zukunftsperspektiven, die immer mehr Frauen zur Prostitution zwingen. Einige andere wiederum finanzieren so ihre Drogenabhängigkeit. Jede zehnte Prostituierte ist drogenabhängig oder minderjährig. Ein neuer Trend ist, dass aufgrund der schlecht bezahlten Teilzeitjobs die Nebenerwerbsprostitution bei Hausfrauen und Studentinnen zunimmt.

Wird es immer Prostitution geben?



Das Beispiel der Russischen Revolution 1917 verdeutlicht, dass Prostitution abgeschafft werden kann.

Nach der russischen Revolution nahm die Prostitution rapide ab. Die Voraussetzung für eine Gleichstellung der Geschlechter wurde geschaffen. Es wurde begonnen, Kinderhorte und kollektive Einrichtungen zum gemeinsamen Waschen und Kochen zu schaffen. Viele Frauen hatten so die Chance wie die Männer arbeiten zu gehen. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit, einer Bürokratisierung des gesamten öffentlichen Lebens und einer zunehmenden Unterdrückung auf der einen Seite und dem Entstehen einer privilegierten Schicht auf der anderen Seite nahm auch die Prostitution wieder zu.





Besondere Situation von Immigrantinnen

Vertreterinnen der Hurenbewegung berichten, daß Ausländerinnen inzwischen 50% bis 80% der Prostituierten in Deutschland ausmachen⁵. Neue Zahlen sprechen von einem neunzigprozentigen Anteil von Ausländerinnen. Besonders Frauen aus Osteuropa prostituieren sich in Deutschland.

Immigrantinnen sind von staatlicher Repression noch härter betroffen. Solche, die nicht mit einem deutschen Mann verheiratet sind, besitzen nur ein Touristenvisum. Da sie keine Aufenthaltserlaubnis haben und bei jeder Polizeikontrolle mit einer Abschiebung rechnen müssen, sind sie noch viel eher Zuhältern und somit finanzieller Ausbeutung ausgeliefert. Auch beim Frauenhandel nach Deutschland fliegen die Drahtzieher aufgrund der schnellen Abschiebep Praxis fast nie auf. Verschiedene Nichtregierungsorganisationen sprechen von jährlich 500000 Frauen und Mädchen, die zum Großteil gezwungen werden, sich in Staaten der EU sexuell ausbeuten zu lassen. Der UNO zufolge sind 4 Millionen Frauen und Kinder global Opfer des Menschenhandels. Allein der europaweite Gewinn des Frauenhandels beläuft sich jährlich auf sieben Milliarden US-Dollar.⁶

Die Rolle des bürgerlichen Staates

Der Staat nimmt die Steuern der Prostituierten gern entgegen, bietet aber keinen Schutz oder Ausstiegsmöglichkeiten. Er ist sogar indirekt verantwortlich für die miserablen Bedingungen, unter denen die Frauen arbeiten. Besonders in Großstädten wurden in der Nachkriegszeit Sperrbezirksverordnungen erlassen. Zuhälter und Barbesitzer teilen sich nun die „legalen“ Flächen auf. Prostituierte werden so durch staatliche Maßnahmen in die Abhängigkeit von Zuhältern getrieben, die so von ihnen Schutzgelder erpressen und schlechte Arbeitsbedingungen diktieren können. Als Alternative können sie in sogenannten Toleranzonen anschaffen gehen (Ausfallstraßen, Waldgebiete etc.), in denen keine sanitären Anlagen und Notrufmöglichkeiten bereit stehen. Zuhälterei ist zwar offiziell verboten, wird jedoch nicht wirksam verfolgt, da der Staat kein tatsächliches Interesse hat, den Frauen zu helfen. Und die wenigsten Frauen würden gegen ihre Arbeitgeber aussagen, da sie sonst ihren Job verlieren würden.

Wir stellen uns gegen die Diskriminierung und treten für eine langfristige Alternative für Prostituierte ein.

Deshalb fordern wir:

- *Keine Diskriminierung von Prostituierten, Schluss mit Polizeschikanen; statt dessen Aktionen und Protestkampagnen gegen Zuhälter und Zwangsprostitution von Gewerkschaften, linken Parteien und Frauenverbänden; sowie Aufklärungskampagnen zur Ächtung des Freiertums*
- *finanzielle Unterstützung für Selbsthilfegruppen von Prostituierten*
- *Keine Abschiebungen! Arbeitserlaubnis und Bleibe-recht für alle ausländischen Frauen; statt Kriminalisierung von Frauen ohne Aufenthaltserlaubnis Vorgehen gegen Frauenhändler*
- *staatlich finanzierte Ausstiegsprogramme für alle Prostituierten mit Aus- und Weiterbildungsangeboten und einer Mindestsicherung von 2000 DM monatlich*
- *flächendeckende Schaffung von Häusern, in denen Prostituierte Schutz finden und kostenlose ärztliche Versorgung erhalten*
- *Aufbau eines staatlich finanzierten, kostenlosen Gesundheitssystem für alle*

Prostitution ist das Produkt der Klassengesellschaft. Eine sozialistische Gesellschaft würde der Prostitution die gesellschaftliche Grundlage entziehen, indem keine Frau aus materiellen Gründen gezwungen wäre, sich zu prostituieren. Ein wirklich gleichberechtigtes und respektvolles Zusammenleben zwischen Männern und Frauen, was keinen Platz für die Degradierung der Frau zur Ware lassen würde, könnte dadurch ermöglicht werden.





Erfolg gegen Striptease-Club

Die schwedische Elevkampagnen (Schwesterorganisation von JRE-Jugend gegen Rassismus in Europa) führte 1998 eine erfolgreiche Kampagne gegen einen Striptease-Club in Stockholm durch. Dieser Club war von einem landesweit bekannten Pornoproduzenten eröffnet worden. Obwohl offiziell nur ein „S stripteaselokal“, hatten Recherchen ergeben, dass in diesem Club der Übergang von der Striptease zu Prostitution fließend war.

Um seinen Club bekannt zu machen, startete der Betreiber eine aggressive Werbekampagne im Stadtteil. Unter anderem tauchten an Schulen in der Umgebung Flugblätter auf, mit denen jungen Frauen und Mädchen die „Arbeit“ in dem Club schmackhaft gemacht werden sollte, nach dem Motto „viel Geld in wenig Zeit verdienen“. Gleichzeitig wurden mit anderen Flugblättern männliche Schüler zum Clubbesuch aufgefordert. Elevkampagnen startete eine Kampagne mit dem Ziel, diesen Club zu schließen. Zuerst ging es darum, AnwohnerInnen über diesen Club aufzuklären. Elevkampagnen-Mitglieder gingen dabei unter anderem von Tür zu Tür, um Unterschriften gegen den Club zu sammeln. Sie führten auch Blockaden durch, um Besucher am Betreten des Klubs zu hindern. An verschiedenen Protestdemos beteiligten sich jeweils über hundert Menschen.

Diese Aktivitäten bekamen ein großes Medieninteresse. Nach mehreren Wochen wurde der Druck auf die Verantwortlichen so groß, dass die Polizei diesen Club schließen lassen musste. Auch wenn als offizieller Schließungsgrund Steuerschulden angegeben wurde, so ist klar, dass ohne die Kampagne von Elevkampagnen dieser Club noch heute existieren würde. Nur wenn wir selbst aktiv werden, können wir etwas erreichen!

Gewalt gegen Frauen

Weltweit wird jede dritte Frau in ihrem Leben vergewaltigt, geschlagen oder anderweitig misshandelt, stellt der UN-Bevölkerungsbericht 2000 fest. Vier Millionen Frauen und Mädchen werden jedes Jahr in Ehe, Prostitution oder Sklaverei verkauft. 130 Millionen Frauen sind Opfer von Genitalverstümmelungen. Pro Jahr werden 5000 Frauen Opfer von sogenannten „Ehrenmorden“, meist von männlichen Familienangehörigen begangen, um die vermeintlich verletzte Ehre der Familie wiederherzustellen.

Auch in Deutschland sind Frauen in vielen Bereichen Opfer von Gewalt: Auf der Straße, in der Familie und am Arbeitsplatz. Jede Frau kennt die Angst vor Gewalt, beispielsweise abends allein auf dem Heimweg. Mehr oder weniger bewusst richten die meisten Frauen ihr Alltagsleben danach aus. Sie nehmen zum Beispiel große Umwege in Kauf, um dunkle Straßen oder gar Stadtteile zu meiden oder verzichten auf den eigentlich gern getragenen kurzen Rock. Hinter diesen „Überlebensstrategien“ steht die Hoffnung, durch das „richtige“ Verhalten Übergriffen entgegen zu können. Das ist jedoch ein Trugschluss.

Der Gewalttäter im eigenen Haus

Jede dritte Frau wird in ihrem Leben mindestens einmal Opfer von Sexualgewalt, jede vierte Frau wird als Erwachsene vergewaltigt.¹ Dabei geht die Bedrohung für Frauen nicht in erster Linie vom Mann im dunklen Park oder vom gewalttätigen Unbekannten auf der Straße aus, sondern die weit aus meisten Gewalttaten gegen Frauen spielen sich im eigenen sozialen Umfeld ab. Vergewaltigungen werden oft als Verbrechen aus Leidenschaft dargestellt. In diesem Sinne wird der Vergewaltiger als Triebtäter gesehen, der seine sexuellen Bedürfnissen nicht kontrollieren konnte. Den Opfern

wird eine Mitschuld zugeschoben, indem unterstellt wird, sie hätten das Begehren des Täters leichtfertig geweckt, und damit die Tat provoziert. Für Verfechter dieser Auffassung ist die Prostitution ein geeignetes Mittel, um die Zahl der Vergewaltigungen zu senken, da sie den Männern scheinbar eine Möglichkeit bietet, ihrer angeblich schwer zu bändigenden Sexualtrieb abzureagieren. Tatsächlich hat eine Vergewaltigung jedoch wenig mit Sexualität und viel mit Machtdemonstration zu tun. Dem Vergewaltiger geht es darum, sein Opfer zu erniedrigen und zu beherrschen. Der Geschlechtsakt selbst ist dabei nur ein Mittel, um diese Ziel zu erreichen.

Viele Vergewaltiger suchen sich Opfer, die ihnen völlig ausgeliefert sind. Kinder, insbesondere Mädchen, werden häufig von ihren Vätern, Verwandten oder von „Freunden“ der Familie missbraucht. Jedes dritte bis vierte Mädchen hat Missbrauchserfahrungen². Solche Verbrechen sind für die Täter risikoarm. Sie müssen selten mit Gegenwehr rechnen und können die Opfer manipulieren und einschüchtern. Die betroffenen Frauen jedoch leiden oft ihr ganzes Leben unter dem Vertrauensbruch, ihren Schuldgefühlen, Ängsten und anderen Folgen des Missbrauchs.

Auch andere Formen von Gewalt gegen Frauen sind weit verbreitet. In Deutschland schlägt alle 17 Sekunden ein Mann eine Frau, meist die „eigene“. 40.000 Frauen flüchten hierzulande jährlich vor häuslicher Gewalt in Frauenhäuser. Jede dritte Frau erlebte in einer Partnerschaft schon einmal körperliche oder seelische Gewalt.

Strukturelle Gewalt als Ursache

Rollenverhalten bereitet den Boden für Gewalt gegen Frauen, wobei körperliche Gewalt nur die Spitze des Eisbergs ist. Blöd anmachen, beschimpfen, Psychoterror, das ganze Repertoire von Verächtlichmachung und seelischer Bedrohung gehört dazu. Dieser Sachverhalt hat seine Ursache in der hierarchischen Gliederung die-



ser Gesellschaft, in der die eigene Stellung immer im Verhältnis zu den Menschen, die auf der sozialen Stufenleiter weiter unten stehen, definiert wird. Innerhalb aller Gesellschaftsschichten nutzen Männer die Möglichkeit, sich ihres überlegenen sozialen Status zu versichern, indem sie Frauen aus ihrem Umfeld erniedrigen und misshandeln. Der Hilfsarbeiter wie der Chefarzt reagieren so den Frust über die eigenen Misserfolge und Demütigungen an „ihren“ Frauen ab. Diese Art von Gewalt ist keine Privatsache. Es handelt es sich um strukturelle Gewalt, die in den sozialen und gesellschaftlichen Verhältnissen im Ka-

Was macht der Staat?

Auch staatlicherseits haben weibliche Gewaltopfer wenig Hilfe zu erwarten. Zwar gab es einige rechtliche Verbesserungen, zum Beispiel die Einführung der Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe 1997. Auch die Diskussion um das „Wegweisungsrecht“, welches einer misshandelten Frau die Möglichkeit gibt, ihren Peiniger aus der gemeinsamen Wohnung zu werfen, würde einen Fortschritt für Frauen darstellen. Einen Vergewaltiger vor Gericht zu bringen ist aber nach wie vor eine seelische Tortur, bei der nicht selten das gesamte Privatleben des Opfers

Wir fordern:

- Weg mit *diskriminierender Gesetzgebung und Rechtsprechung. Vergewaltigung ist Vergewaltigung und muss gleich hart bestraft werden, egal ob der Täter der Ehemann oder ein Fremder ist, egal ob das Opfer eine Prostituierte ist oder nicht*
- *Wähl- und Abwählbarkeit von RichterInnen, StaatsanwältInnen. Sie müssen der öffentlichen Kontrolle durch JuristInnen, Frauenbeauftragte der Gewerkschaften und Frauenorganisationen unterliegen*
- *ein flächendeckendes Angebot an gut ausgebauten, selbstverwalteten Frauenhäusern, Frauenberatungsstellen und -notrufen. Ob städtisch oder autonom, die finanziellen Mittel müssen sichergestellt sein*
- *ein Kontingent von leerstehenden Sozialwohnungen pro Gemeinde, die jederzeit verfügbar sind und billig an Frauen, die aus Frauenhäusern kommen oder aus anderen Gründen nach einer Trennung schnell eine Wohnung benötigen, vergeben werden können*
- *kostenlose juristische, soziale und psychologische Betreuung für Frauen und Kinder*
- *kostenlose Nachttaxis für Frauen; Flächendeckend ausgebauter öffentlicher Nahverkehr zum Nulltarif*
- *Stadtplanung, die die Ängste von Frauen berücksichtigt dass heißt zum Beispiel Ampeln statt Unterführungen, ausreichende Straßenbeleuchtung*



pitalismus begründet liegt. Frauen werden durch die gesellschaftliche Rollenverteilung von klein auf darauf vorbereitet, solche Behandlung zu ertragen. Viele entschuldigen ihre gewalttätigen Männer oder fragen sich, ob sie als Partnerin versagt haben. Immer noch gehört eine „intakte“ Familie zum Lebensziel vieler Frauen. Oft klammern sie sich noch lange an die Hoffnung, durch eigene Leistungen „die Beziehung retten“ zu können. Dabei spielen wirtschaftliche Abhängigkeiten eine sehr wichtige Rolle. Eine Scheidung ist bis heute die wichtigste Ursache für wirtschaftliche Not unter Frauen und Kindern.

vor Gericht ausgebreitet wird. Häusliche Gewalt wird auch von der Polizei noch oft als Privatsache betrachtet, bei der ein Eingreifen erst geboten ist, wenn das Messer schon am Hals ist.

Nach einer Trennung von einem Mann ist die soziale Absicherung von Müttern mit Kindern miserabel. Es fehlen Frauenhausplätze für die Übergangszeit. Bestehende Einrichtungen fallen nicht selten den kommunalen Kürzungen zum Opfer. Die Sozialhilfesätze sind zu niedrig und es gibt gerade für Alleinerziehende zu wenig geeigneten, billigen Wohnraum.



■ Sexualität

Sexualität ist angeblich eine intime, rein persönliche Angelegenheit. Vergleicht man jedoch verschiedene Gesellschaftsformen und Kulturkreise, begegnen einem sehr unterschiedliche Vorstellungen von Sexualität.

Sexualität ist keine Privatsache. Die herrschende Gesellschaftsform bestimmt, wie viel Freiheit und Selbstbestimmung den Menschen zugestanden wird. In patriarchalen Gesellschaften wird besonders das sexuelle Leben von Frauen Gegenstand staatlicher oder gesellschaftlicher Kontrolle. Weibliche Sexualität wird oft als unrein oder gefährlich angesehen. In vielen Gegenden wird Frauen durch Klitorisbeschneidungen jede Fähigkeit, sexuelle Lust zu empfinden unter schrecklichen Bedingungen geraubt. Aber auch in westlichen Industriestaaten bestimmen Religion und Tradition noch häufig über unser Sexualleben. Wird gegen diese Gebote verstoßen, ist es mit dem Gerede über „Intimität“ vorbei. In einigen Staaten der USA sind zum Beispiel bestimmte Sexualpraktiken gesetzlich verboten. In Österreich besteht formal ein Werbe- und Vereinsverbot für Schwule und Lesben¹. Aber auch ohne staatliche Eingriffe kann von Intimität keine Rede sein.

Sex ist heute in der Öffentlichkeit allgegenwärtig und scheinbar nach Belieben möglich. Kaum ein Produkt, das nicht mit Hilfe weiblicher „Sexobjekte“ angepriesen wird, kaum ein Film, der ohne Sex um Zuschauer wirbt, kaum ein Stadtteil, in dem noch kein Video-Shop mit Porno-Abteilung eröffnet wurde. Die heutige Gesellschaft gibt sich gerne in sexuellen Dingen sehr liberal. Die scheinbare Vielfalt und Offenheit täuscht. Denn die Sexualität, die uns dort präsentiert wird, hat wenig mit dem wirklichen Leben, den wirklichen Bedürfnissen, Erfahrungen und existierenden Ängsten zu tun. Es werden Stereotypen dargestellt, die zumeist männliche Phantasien wiedergeben und nicht zum Ziel haben, Sexualität in ihrer Tiefe und Widersprüchlichkeit zu ver-

Frauen in der Bundeswehr – ein Schritt zur Gleichberechtigung?

Nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 11. Januar 2000 dürfen in Deutschland nun auch Frauen den Dienst an der Waffe leisten.

Ist die Emanzipation dann erreicht, wenn Frauen alles das tun dürfen, was auch Männer tun? Wir kämpfen nicht um Gleichberechtigung um der Gleichberechtigung willen, sondern um ein menschenwürdiges Leben in dem Bedürfnisse zählen. Krieg ist genauso wenig ein Bedürfnis von Männern wie von Frauen. Der Militärapparat ist mit all seinen Hierarchien, Privilegien und Befehlen letztendlich dafür da, die Macht und den Reichtum der Herrschenden zu verteidigen.

Dass sich das Bild der Frau in der Öffentlichkeit durch diese Änderung wandeln könnte und endlich mit den alten Vorurteilen Schluss gemacht würde, ist sehr naiv. Einzelne Frauen, die in sogenannten „Männerbereichen“ arbeiten, werden als Ausnahmen von dem gängigen Frauenbild gesehen. Rassistische Vorstellungen bei ausländerfeindlich eingestellten Menschen ändern sich nicht, wenn sie den ein oder anderen „netten“ Ausländer kennen. Die alte Begründung, warum Frauen bisher nicht an die Waffe durften, lautete, Frauen seien nicht wehrhaft genug. Sie entbehrt natürlich jeglicher Grundlage, da Frauen im letzten Jahrhundert oft bewiesen haben, dass sie kämpfen können. In revolutionären Armeen, ob in Russland 1917, 1936 in Spanien, in den 40er Jahren in China, 1979 in Nicaragua, oder in Partisanenkämpfen gegen den Faschismus in Jugoslawien und Italien standen Frauen mit der Waffe oft an vorderster Front – aber nicht mit der Erlaubnis der Herrschenden, sondern gegen sie.

Die SAV ist nicht gegen das Recht von Frauen, in der Bundeswehr Dienst zu leisten, wenn sie es denn wollen. Auch wenn wir darin keinen Schritt zu einer wirklichen Gleichberechtigung der Frau sehen. Gleichzeitig werden wir gegen jeden Versuch kämpfen, die Wehrpflicht auf junge Frauen auszudehnen.





mitteln, sondern (Männer) ausschließlich visuell zu stimulieren. Die dargestellte Sexualität ist dadurch eindimensional. Statt Anregung zur Erkundung der eigenen Sexualität zu sein, bewirkt sie das Gegenteil und vermittelt bestimmte, vorgegebene Verhaltensmuster. Auch wenn wir tagtäglich mit Sexualität konfrontiert sind, bedeutet beispielsweise die Flexibilisierung der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen im Kapitalismus zumeist, dass für Lust und Sexualität in der Realität wenig Zeit bleibt. Frauen wird im Besonderen meist noch nicht mal ein eigenständiges Verhältnis zu Sexualität zugestanden. Ihre Lust wird meist über den bzw. einen Mann definiert. Uns wird vermittelt, dass nur junge und schöne Frauen sexuell anziehend sind. Der eigene Körper zerfällt in Einzelteile, die daraufhin geprüft werden, ob sie dem trainierten männlichen Blick zusagen oder nicht. Mädchen und Frauen lernen, sexuelle Ausstrahlung mit einer Beurteilung als Lustobjekt gleichzusetzen. Sie lernen, Begehren mit Begehrt werden, ihre eigenen sexuellen Empfindungen mit dem, was Männer (scheinbar) wollen, gleichzusetzen. Aus einem solchen Blickwinkel erscheinen dann sexuelle Übergriffe des Partners oft als Ausdruck von Leidenschaft und besitzergreifende Eifersucht wird als Liebesbeweis missverstanden. Für eine eigenständige, selbstbestimmte weibliche Sexualität bleibt wenig Raum.

Lesbische Frauen

Lesben sind von der beschriebenen Frauendiskriminierung genauso betroffen wie alle anderen Frauen auch. Die Tatsache, dass eine Frau Frauen liebt, schützt sie auch zum Beispiel nicht davor, von Männern als Sexobjekt angesehen und behandelt zu werden. Darüber hinaus werden Lesben auch allein deswegen diskriminiert, weil sie lesbisch sind. Die Homosexualität stellt die heterosexuelle Lebensweise, welche als die einzig wahre von der Gesellschaft proklamiert wird, in Frage. Der Staat hat kein Interesse, Lebensformen zu fördern, in denen die Geschlechterteilung und die damit einhergehende Rollen- und Aufgabenverteilung aufgehoben wird. Weibliche Sexualität wird im Patriarchat vor allem über den Mann definiert. Die Vorstellung, Frauen könnten ohne Männer ein erfülltes Sexualleben haben, wird deshalb immer noch gerne verdrängt. Darum wird lesbische Liebe oft nicht ernst genommen oder als „krank“ und „pervers“ abgestempelt. Daher ist es in dieser Gesellschaft immer noch mit der Gefahr von Repressionen verbunden, wenn eine Frau sich als Lesbe outet. Lesbische Beziehungen werden gesetzlich gegenüber heterosexuellen Lebensgemeinschaften diskriminiert. Die Partnerinnen gelten zum Beispiel nicht als

Angehörige. Sie können zum Beispiel bei Krankheit der Anderen keine Entscheidungen für sie treffen und nicht in Mietverträge eintreten. Kinder, die gemeinsam erzogen werden, werden nur der leiblichen Mutter zugeordnet. Adoptionen sind nicht möglich.

Lesben werden häufig Opfer von Gewalt. Wie Schwule werden sie zum Beispiel von Nazis angepöbelt, körperlich bedroht oder geschlagen. Als „frauentypische“ Gefahr kommt die Bedrohung mit Vergewaltigung dazu. Auf der anderen Seite ist die Akzeptanz von Homosexualität in den letzten Jahrzehnten gewachsen. Dies hat unter anderem dazu geführt, dass die Werbung diese Zielgruppe entdeckt hat. Insbesondere Schwule wurden als kaufkräftiger Bevölkerungsteil erkannt. Seither gibt es vermehrt kommerzielle Angebote, zum Beispiel Partys und so weiter. Für Lesben gilt das nur begrenzt, da unverheiratete Frauen, insbesondere wenn sie Kinder haben, wegen der allgemeinen Frauendiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und der Lesbenfeindlichkeit vieler Arbeitgeber über ein geringeres Durchschnittseinkommen verfügen.

Andererseits führen die Kürzungen im Sozialbereich zur Schließung von nicht kommerziellen Einrichtungen und selbstorganisierten Treffs.

Der Wunsch nach gesellschaftlicher Akzeptanz und dem Zugang zu finanziellen und rechtlichen Erleichterungen hat dazu geführt, dass die Forderung nach der „Homoehe“ von Homosexuellen-Organisationen, wie dem SVD (Schwulenverband Deutschlands), in den Mittelpunkt der politischen Arbeit gestellt wurde. So verständlich der Wunsch ist, mit der eigenen Lebensweise gesellschaftlich anerkannt zu werden, so kritisch sollten gerade Frauen die Institution Ehe und Familie betrachten. Die Hoffnung, durch das Recht zur Ehe eine grundlegende Gleichstellung zu erreichen ist trügerisch. Menschen zum Beispiel aus binationalen Ehen werden weiterhin diskriminiert, auch wenn sie verheiratet sind?





Die SAV macht sich stark für:

- *Einen vorurteilsfreien Sexualunterricht in den Schulen, ausreichend Beratungsstellen und ein öffentliches Programm für Aufklärung, Verhütung und Umgang mit HIV*
- *Keine Kürzungen bei schwul-, lesbischen- und bisexuellen sowie transidentischen Initiativen, Projekten und Zentren*
- *Gleiche Rechte für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transidenten, keine Bevorzugung heterosexueller Lebensgemeinschaften*
- *Für einen gemeinsamen Kampf aller fortschrittlichen Homo- und Hetero Gruppen, Gewerkschaften und Parteien gegen rechte Gewalt und Faschisten*
- *Gewerkschaften müssen Homo- und Bisexuelle organisieren und für gleiche Rechte kämpfen*

Frauen an die Macht ?



Gäbe es ohne Männer in den Regierungen keine Kriege mehr? Wären Unternehmen mit ausschließlich Frauen in den Führungsetagen die humaneren, ökologischeren Konzerne?

Die USA bombardierten 1998 Serbien. Zu dieser Zeit war Madeleine Albright Außenministerin. Während Margaret Thatcher Premierministerin in Großbritannien war, wurden die bis dahin schärfsten Einschnitte im Sozialbereich beschlossen. Dadurch wurde besonders die Situation von Frauen massiv verschlechtert.

Frauen in gesellschaftlichen Herrschaftspositionen üben diese nicht in erster Linie als Frauen, sondern als Vertreterinnen ihrer Klasse aus. Als solche haben sie die selben Interessen wie die Männer in der selben Funktion. Das ist nichts Neues. Schon im Mittelalter gab es ab und zu Machthaberinnen. Neu ist nur, dass sich Frauen, die nicht der Oberschicht angehören, deshalb Hoffnungen auf die Verbesserung ihrer Situation machen.

Wir können nicht auf Hilfe von „Oben“ hoffen, sondern müssen selbst aktiv werden, um unsere Interessen durchzusetzen!



Madleine Albright, Angela Merkel, Margaret Thatcher - sie stehen stellvertretend für Frauen, die es in der Politik „geschafft haben“. Eine andere Politik als Männer machen und machen sie nicht. Sie ließen Kriege führen, förderten die Atomindustrie, beschnitten Gewerkschaftsrechte...

Die Lebenssituation von Frauen verbesserten und verbessern sie nicht.



Frauen in Ostdeutschland

Die Wiedervereinigung und die damit verbundene Restauration des Kapitalismus in der ehemaligen DDR hat die Situation für Frauen entscheidend verändert. Obwohl auch in der DDR von wirklicher Gleichberechtigung keine Rede sein konnte, bedeutet das Leben in der Marktwirtschaft, dass sich die Chancen für Frauen massiv verschlechtert haben.

In der DDR arbeiteten über 90 Prozent aller Frauen oder befanden sich gerade in einer Ausbildung. Obwohl auch in der DDR Frauen im Durchschnitt weniger verdienten als Männer, garantierte ihnen der Arbeitsplatz eine ökonomische Unabhängigkeit. Einen Beruf zu haben, der Kontakt zu den Kolleginnen im Betrieb und das Gefühl gebraucht zu werden, das war für die meisten Frauen ein Bedürfnis, absolut gleichrangig mit dem Wunsch nach Familie und Kindern. Kaum eine Frau wollte nur Hausfrau sein oder nach der Geburt länger als den ihr zugestandenen Zeitraum von der Arbeit freigestellt werden. Durch ein Kindertagesstättenetz, das den Bedarf zu 95 Prozent decken konnte (zum Vergleich 62 Prozent Bedarfsdeckung in der alten BRD), mehrwöchige Freistellung für die Betreuung erkrankter Kinder im Jahr und andere Sozialleistungen waren für Frauen Berufstätigkeit und Kinder miteinander vereinbar. So hatten 92 Prozent der Frauen bis zum Ende ihrer fruchtbaren Phase mindestens ein Kind be-

kommen. Auch in einer der wichtigsten Frauenrechtsfragen des letzten Jahrhunderts, dem Recht auf Abtreibung, waren die Frauen in der DDR besser gestellt als jetzt in der BRD. Per Gesetz hatten sie seit 1972 das Recht, innerhalb der ersten 12 Wochen eine Schwangerschaft abzubrechen. Der Abbruch war kostenlos und keine Frau musste sich einer entwürdigenden Zwangsberatung aussetzen.

All diese unzweifelhaft fortschrittlichen Maßnahmen wurden von der SED-Führung eingeführt, um möglichst viele Frauen in den Arbeitsprozess mit einzubeziehen und damit den Arbeitskräftemangel zu beheben, nicht um Gleichberechtigung wirklich herzustellen. Die „Frauenfrage“ wurde seit 1971 als gelöst betrachtet. Doch in der Realität sah dies anders aus. Das alte Bild der Frau als derjenigen, die hauptsächlich für Kinder und Haushalt zuständig ist, wurde nicht angetastet. Kindererziehung und Hausarbeit blieben auch in DDR-Familien überwiegend an den Frauen

hängen. Sie leisteten über 80 Prozent dieser unbezahlten Arbeit. Der Staat förderte dies, indem er z.B. verheirateten Frauen und alleinstehenden vollbeschäftigten Müttern einen monatlichen bezahlten „Haushaltstag“ ermöglichte, während verheiratete Männer diesen nur in absoluten Ausnahmefällen nehmen konnten. Die DDR-Führung nutzte den Erhalt der Kleinfamilie, um ihre Herrschaft zu stabilisieren. Vergewaltigung und Gewalt gegen Frauen waren Tabuthemen.

Die sozialen Fortschritte für Frauen in der DDR waren möglich, weil es dort eine geplante Wirtschaft gegeben hat. Doch eine solche kann nur funktionieren, wenn alle in die Planung und Leitung der Wirtschaft sowie aller gesellschaftlichen Bereiche mit einbezogen werden. Dies war in der DDR nicht der Fall. Dort herrschte eine stalinistische Diktatur, in der ein kleiner Kreis von SED-Bürokraten die gesamte Gesellschaft und auch die Wirtschaft kontrollierte. Daher kam es zur Stagnation und letztendlich zu einer tiefen Krise.



Die Wiedereinführung des Kapitalismus hat die Frauen in der DDR einer Reihe ihrer Rechte beraubt. Viele von ihnen verloren ihren Arbeitsplatz. Heute sind über 60 Prozent in manchen Städten sogar 70 Prozent aller Arbeitslosen Frauen. Die Löhne sind im Osten auch immer noch 30 Prozent niedriger als im Westen. Während in der DDR junge Frauen zu etwa 10 Prozent der Ausbildungsberufe keinen Zugang hatten, werden heute 40 Prozent aller Ausbildungsplätze nur jungen Männern angeboten. Kinder zu bekommen bedeutet für viele Frauen ein sozialer Abstieg. Im Bundesland Brandenburg leben die Hälfte aller alleinerziehenden Frauen unterhalb der Armutsgrenze. Das ist auch ein Grund dafür, dass sich die Geburtsrate seit 1991 halbiert hat. Die „Demokratie“ à la BRD hat aber auch zur Einschränkung des Selbstbestimmungsrechtes von Frauen geführt. Die Fristen-

regelung wurde abgeschafft, Frauen sind jetzt nur unter bestimmten Voraussetzungen (Zwangsberatung) von einer Strafbarkeit bei Schwangerschaftsabbruch ausgenommen. Ein Indiz für weitere Beschränkungen für Frauen ist auch das Absinken der Scheidungsrate. Nicht weil das Eheleben heute glücklicher verläuft, sondern deshalb, weil es Frauen heute auf Grund der ökonomischen Abhängigkeit schwerer gemacht wird, sich aus einer kaputten Ehe zu lösen.

Die schlechten Chancen auf dem Arbeitsmarkt drängen Frauen auch wieder zurück an den „Herd“. Beispielsweise waren 1988 Frauen noch in 57 Prozent aller Haushalte fürs Essen kochen zuständig, 1991 aber schon in 73 Prozent aller Haushalte .

Die Frauen in der ehemaligen DDR sind die größten Verliererinnen der Wiedervereinigung und der Restauration des Kapitalismus. Doch auch

wenn die Lage von vielen Frauen im Osten härter ist als im Westen so haben Frauen in Ost und West vieles gemeinsam. Denn auch im Westen haben vor allem Frauen unter Sozialabbau, Rentenreform und Privatisierung zu leiden.

Frauen in Ost und West müssen gemeinsam für ihre berechtigten Interessen kämpfen.

Wir fordern:

- *Arbeit für alle*
- *Sofortige hundertprozentige Lohnangleichung der Ost-Löhne an die West-Löhne; gleicher Lohn für gleiche Arbeit*
- *Streichung des §218*
- *Kostenlose Kinderbetreuung vom 1. bis zum 13. Lebensjahr*

Frauen international

Obwohl die Hälfte der Weltbevölkerung weiblich ist, werden zwei Drittel aller Arbeitsstunden von Frauen geleistet. Diese Leistung zahlt sich nicht aus. 70 Prozent der 1,3 Milliarden Menschen, die in absoluter Armut leben sind Frauen. Frauen arbeiten überall unter besonders schlechten Bedingungen. Ein Beispiel ist die Situation der überwiegend weiblichen ArbeiterInnen in den sogenannten „sweatshops“ von Wal-Mart, The Gap, Disney oder Nike. Deren Beschäftigten stellen für 35 Cent in der Stunde Exportartikel für den US- Amerikanischen Markt her. In diesen Fabriken werden Frauen gezwungen, unter den Augen von Aufsehern Verhütungspillen zu schlucken, damit die Chefs sicher sein können, dass keine von ihnen durch Schwangerschaft ausfällt. In anderen Produktionsstätten werden zum selben Zweck die Monatsbinden der Arbeiterinnen kontrolliert. In allen Ländern sind Frauen in den meisten gesellschaftlichen Bereichen benachteiligt. Von drei Analphabeten sind zwei weiblich. In vielen Ländern werden Frauen auch formal grundlegende Rechte verweigert. Zum Beispiel ist in Kuwait am 30.11.1999 ein Gesetzentwurf, der das Wahlrecht für Frauen ermöglichen sollte, gescheitert. Die von Frauenrechtlerinnen dagegen angestrebte Verfassungsklage wurde aus formalen Gründen abgewiesen.¹

In anderen Länder wie zum Beispiel Buthan oder Afghanistan gibt es nur eine Stimme pro Familie, wodurch Frauen faktisch vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Vergewaltigung in der Ehe ist zum Beispiel in Deutschland erst seit 1997 strafbar.

Nach UN-Schätzungen werden täglich 6000 Frauen mit lebensgefährlichen medizinischen Folgen an ihren Genitalien verstümmelt. Weltweit sind 130 Millionen Frauen davon betroffen. In den USA werden Frauen, die Abtreibungen vornehmen lassen, und die Ärzte, die sie behandeln, von religiösen Fanatikern bedroht. Weltweit leben Millionen Frauen als Flüchtlinge. Sie verlassen ihre Heimat oft aus den selben Gründen wie die Männer. Darüber hinaus versuchen sie sich vor Kriegsverbrechen wie Massenvergewaltigungen in Sicherheit zu bringen, oder erhoffen sich für sich und ihre Töchter der Zugang zu Bildung, einem eigenen Job oder die Freiheit von Zwangsehen und religiösen Beschränkungen.

Frauen sind auf der ganzen Welt gezwungen, sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu wehren. Dabei müssen sie gegen frauenspezifische Unterdrückung genauso kämpfen wie gegen ihre Ausbeutung als ArbeiterInnen und KleinbäuerInnen. Die Beteiligung von Frauen an Kämpfe gegen die Globalisierung, wie zum Beispiel die Proteste 1999 in Seattle oder der Weltfrauenmarsch 2000 in Brüssel zeigen, dass Frauen auch anfangen, sich international zu wehren. Das CWI (auf deutsch: Komitee für eine Arbeiterinternationale), dem die SAV als deutsche Sektion angehört, unterstützt und initiiert international Proteste für die Rechte von Jugendlichen, Arbeiterinnen und Arbeitern. Ein wichtiger Schwerpunkt unserer Arbeit ist dabei auf der ganzen Welt der Kampf gegen Frauendiskriminierung. Die indische Sektion des CWI organisierte zum Beispiel eine Kampagne gegen die Wahl der „Miss India“, in Belgien wurde mit alternativen „Modeschauen“ gegen den Schönheitswahn protestiert, in Großbritannien gründeten die Mitglieder des CWI eine Kampagne gegen häusliche Gewalt und die Partei in Schweden bekämpft unter dem Motto: „Nenn mich nicht Hure“ an Schulen gegen die sexistische Diskriminierung von Mädchen.



Ausländerinnen

In Deutschland leben 7,3 Millionen Menschen mit einem ausländischen Pass, rund die Hälfte seit mehr als zehn Jahren. Von ihnen sind 70 Prozent der 15-20-Jährigen entweder in Deutschland geboren oder zumindest aufgewachsen.

Auch wenn sie schon lange hier leben, sind AusländerInnen in Deutschland immer noch weit davon entfernt, gleichberechtigt zu sein.

Wieso nimmt Rassismus zu?

Die PolitikerInnen der etablierten Parteien benutzen AusländerInnen, um ihnen die Schuld für Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Sozialabbau in die Schuhe zu schieben.

In den letzten Jahren hat der staatliche Rassismus immer mehr zugenommen. Auf der einen Seite wird über weitere Abschiebungen und die Abschottung Deutschlands gegen Flüchtlinge diskutiert, auf der anderen Seite sollen „nützliche“ AusländerInnen (MigrantInnen) mit Hilfe der Green-Card ins Land gelockt werden.

Viele Menschen sehen keinen Ausweg aus Arbeitslosigkeit, sozialem Kollaps und Perspektivlosigkeit.

Soziale Probleme führen allerdings nicht automatisch zu Rassismus. Sie führen nur dazu, dass über eine radikale Veränderung nachgedacht wird. Wenn auf der Linken keine politische Alternative angeboten und von gewerkschaftlicher Seite keine Gegen-

wehr organisiert wird, kann die rassistische Propaganda in Teilen der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden fallen. Die Neonazis haben Zulauf.

Ausländerinnen als billige Arbeitskräfte

Die rassistische Spaltungspolitik vereinfacht es, MigrantInnen zu schlechten Arbeitsbedingungen zu beschäftigen. Ein großer Teil der ausländischen Frauen sind Hausfrauen oder arbeiten in ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen. Deshalb gehören sie zum Beispiel auch zu den ersten Opfern bei der Verschlechterung der Beschäftigung auf 630 DM Basis durch das Gesetz der rot-grünen Bundesregierung vom 24. 3. 1999.

Zudem leben AusländerInnen in Deutschland oftmals isoliert, was zum großen Teil auch mit bewusster „Gettoisierung“ durch die Politik zu tun hat. Für ausländische Frauen, die weniger häufig erwerbstätig sind als ausländische Männer, trifft dies in besonderem Maße zu.

Türkische Frauen beziehungsweise Frauen muslimischen Glaubens werden auch systematisch bei der Arbeits- und Ausbildungsplatzsuche benachteiligt. Der DGB schreibt: „Vermintliche kulturelle Eigenarten wie zum Beispiel das Tragen eines Kopftuches oder die angeblich vorprogrammierte Heirat des Mädchens bewerten Unternehmen oft als Risiko bei der Einstellung ausländischer Jugendlicher“.

Ausländische Jugendliche sind insgesamt härter vom Ausbildungsnotstand betroffen als andere Jugendliche. Ihr Anteil an den nichtvermittelten BewerberInnen liegt um zirka ein Drittel höher als bei den Deutschen. Diese Situation zwingt vor allem ausländische Frauen dazu, selbst schlechtesten Arbeitsbedingungen zu akzeptieren.

Konflikte mit Traditionen

Ausländische Frauen sind genauso wie deutsche Frauen Opfer des alltäglichen Sexismus. Dazu kommt für



Migrantinnen, dass oft von ihnen erwartet wird, den traditionellen und religiösen Frauenrollen der Herkunftsländer auch in Deutschland zu entsprechen. Dies kann dazu führen, dass ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt wird und sie beispielsweise in der Schule nicht an allen Aktivitäten teilnehmen können. Viele ausländische Frauen bleiben so an ihre Familien gebunden. Sie lernen die deutsche Sprache nicht und können sich kein eigenständiges Leben aufbauen.

Doppelte Staatsbürgerschaft

Die rot-grüne Bundesregierung versucht, sich progressiv zu geben, indem sie die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft für AusländerInnen geschaffen hat. Abgesehen davon, dass dies zwar ein Schritt ist, der die rechtliche Stellung von einem Teil der AusländerInnen in Ansätzen verbessert, die grundlegenden Probleme von Integration, Diskriminierung und Rassismus aber nicht beseitigt, wird die Mehrheit der ausländische Frauen jedoch auch hier benachteiligt. Berechtigt, den Antrag zu stellen, sind nur diejenigen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Da dies auf die meisten ausländischen Frauen nicht zutrifft, wird an ihrer Lage nichts verbessert.

Viele ausländischen Frauen haben kein eigenes Bleiberecht. Sie sind dadurch weiter vom Aufenthaltsstatus oder der deutschen Staatsangehörig-

keit eines Mannes abhängig

Es ist schwer von *den* Ausländerinnen zu sprechen, da sie aus unterschiedlichen Ländern kommen und sich die Dauer des Aufenthaltes sowie der rechtliche Status unterscheidet. Eine ausländische, weibliche Botschafterin, ein weibliches Mitglied einer ausländischen Regierung oder die Vertreterin eines ausländischen Konzerns wird bei offiziellen Empfängen zuvorkommend behandelt, während die ausländische Reinigungskraft, die am nächsten Morgen aufräumt, mit Billiglöhnen abgespeist wird und ständig um ihren Aufenthaltstatuts bangen muss. Daran wird deutlich, dass die Ungleichbehandlung in erster Linie eine Klassenfrage ist.

Die SAV fordert:

- *Anerkennung der Unterdrückung und Verfolgung aufgrund des Geschlechts als Fluchtursache*
- *Ein eigenständige Aufenthaltserlaubnis für Frauen vom ersten Tag ihrer Ankunft*
- *Keine Abschiebungen, Auflösung von Sammelunterkünften, stattdessen menschenwürdige Unterbringung aller Flüchtlinge*
- *Einführung eines uneingeschränkten Asylrechts für alle Flüchtlinge*
- *Weg mit allen speziellen Ausländergesetzen*
- *Wahlrecht ab 16 Jahre und gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen*
- *Arbeit, Ausbildung und Bildung für alle*
- *geschützte Arbeitsverhältnisse und ein garantiertes Mindesteinkommen von 2000 DM netto im Monat für alle*
- *kostenlose Sprachkurse für alle Nichtdeutschen*
- *jederzeitige kostenlose Einbürgerung auf Wunsch*
- *Ausreichend Frauenhäuser mit Dolmetscherinnen für ausländische Frauen*





Wo steht die Frauenbewegung heute?

Der Anteil der Frauen an der arbeitenden Bevölkerung war niemals höher als heute. Frauen haben in Deutschland den gleichen Zugang zu Bildung und nutzen ihn: 52 Prozent aller Studierenden sind Frauen.¹ Es machen mehr Frauen als Männer heute Abitur. Auch zahlreiche frauenfeindliche Gesetze wurden abgeschafft und Frauen haben heute formal die gleichen Rechte wie Männer. Seit 1974 müssen Frauen bei einer Abtreibung nicht mehr mit Gefängnisstrafe rechnen. Seit 1977 brauchen Frauen keine Erlaubnis mehr von ihren Männern, wenn sie einen Arbeitsvertrag abschließen. Endlich ist auch die Vergewaltigung in der Ehe strafbar.

Frauen sind insgesamt selbstbewusster geworden und artikulieren ihre Interessen. In den letzten Jahren waren es vor allem junge Frauen, die bei Protestbewegungen in der ersten Reihe standen. Diese Verbesserungen wurden uns nicht geschenkt. Sie wurden von der Frauen- und Arbeiterbewegung durchgesetzt. Ohne deren Kampfkraft würden Frauen heute nicht einmal wählen dürfen. Die positiven Veränderungen beschränken sich aber meist noch auf formale Rechte.

Der Alltag sieht anders aus.

Was ist noch zu tun?

Männer besitzen 99 Prozent des Vermögens dieser Welt.² 72 Prozent aller Frauen verfügen in Deutschland über kein existenzsicherndes Einkommen und bleiben daher von ihren Männern finanziell abhängig. 90 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten sind weiblich. Frauen arbeiten immer noch in „frauentypischen“ Bereichen. So sind 99,9 Prozent der ArzthelferInnen

weiblich.³ Frauen stellen zwar mehr als die Hälfte aller Studierenden, jedoch halten sie nur 5 Prozent aller Professuren.⁴ Und wer erzieht die Kinder? Immer noch die Frauen. Weniger als 2 Prozent aller Väter nehmen Erziehungsurlaub. Auch die Bereitschaft im Haushalt mitzuarbeiten sinkt bei jungen Männern nach der Heirat um die Hälfte.⁵ Besonders in der Nachkriegszeit erreichte die Frauen- und Arbeiterbewegung, dass von Unternehmern und



Regierungen in den Industriestaaten Zugeständnisse beim Zugang zu Bildung, Erwerbsarbeit und politischer Teilhabe gemacht wurden. Einerseits ist die Stärke der Arbeiter- und Frauenbewegung und der Druck, den sie auf die Herrschenden machten, der Grund hierfür gewesen. Diese Entwicklung wurde dadurch begünstigt, dass im Nachkriegsaufschwung verstärkt Arbeitskräfte gebraucht wurden. Frauen wurde deshalb der Zugang zu Erwerbsarbeit erleichtert. Die aktuelle wirtschaftliche Lage und die vorherrschende neoliberale Politik führen heute zu einer Zunahme von ungeschützten Arbeitsverhältnissen, in denen besonders Frauen beschäftigt sind.

Es bleibt also noch viel zu tun!

Frauen sind noch lange nicht gleichberechtigt. In einer Studie gaben 52 Prozent aller befragten Frauen, dass wir eine neue Frauenbewegung zur Durchsetzung von Fraueninteressen brauchen. Doch wie soll diese aussehen? Die berühmteste deutsche Feministin Alice Schwarzer schreibt auch 2000 noch: „Die Sexualgewalt ist das dunkle Herz der Männerwelt und bedroht alle Frauen. Diese Gewalt ist der Kern jeder Herrschaft. Das ist so zwischen Klassen, Rassen und Völkern.“ Für Frau Schwarzer sind Macht und Sexualgewalt Angelpunkt der Frauenfrage.⁶

Sie hat Recht, dass Sexualgewalt ein Problem ist. Genauso klar ist aber, dass auch wenn alle Männer rücksichtsvolle Partner und respektvolle Liebhaber wären, weiterhin Waren produziert, Hausarbeit geleistet und Kinder erzogen werden müssten. Es würde sich immer noch die Frage stellen, wer diese Arbeit leistet, und wer die Profite dafür einstreicht. In dieser Gesellschaft gibt es eine soziale Ungleichheit, die durch eine Gleichberechtigung von Männern und Frauen nicht beendet werden würde. Das ist die Ungleichheit zwischen den Menschen, die als Arbeiter und Arbeiterinnen für ihren Lebensunterhalt schufteln müssen, und denen, die als Unternehmern und

Großaktionären, die die Früchte dieser Arbeit einstreichen.

Um diesen Unterschied aufrecht zu erhalten, wird in dieser Gesellschaft Gewalt ausgeübt. Dabei handelt es sich zum einen um Gewalt, die direkt eingesetzt wird, um Widerstand gegen die bestehenden Verhältnisse zu brechen. Zum anderen geht es um Gewalt, die geschürt wird, um die Beherrschten gegeneinander auszuspielen und sie an gemeinsamen Handeln zu hindern. Sexualgewalt gehört zur zweiten Kategorie. Natürlich haben Männer heute Macht über Frauen.

Doch woher kommt diese Macht, die Männer korrumpiert? Wie kann sie besiegt werden? Das Problem ist nicht der Mann. Frauen, die es in die oberen Reihen von Politik und Wirtschaft geschafft haben, stehen Männern bei der Missachtung von Frauenrechten in keiner Weise nach.

Mit bürgerlich feministischen Theorien werden wir deshalb nicht weiterkommen.

Arbeiterinnen und junge Frauen müssen heute dafür eintreten, dass Männer sich ihrem Kampf um gleiche Rechte anschließen. So kann die Kampfkraft verdoppelt werden. Als Arbeitnehmerinnen haben sie die gleichen Interessen gegenüber den Unternehmern. Die Unterdrückung wird auch gegen Männer eingesetzt. Zum Beispiel werden Frauen als billige Arbeitskräfte eingesetzt, wodurch auf Dauer das gesamte Lohnniveau gedrückt wird. Die Grenze verläuft nicht zwischen den Geschlechtern oder Nationalitäten, sondern zwischen Oben und Unten!

Solange Frauen gegen Männer, Deutsche gegen AusländerInnen und Alt gegen Jung ausgespielt werden, ist nichts gewonnen.

Der Stand der Frauenbewegung ist deshalb abhängig vom Stand der Arbeiterbewegung. Errungenschaften können im Kapitalismus immer wieder in Frage gestellt werden. Der Kampf um unsere Forderungen beginnt zwar im Kapitalismus, kann aber dort nicht stehen bleiben.



Wut in Widerstand verwandeln

Viele fragen sich, ob es sich überhaupt lohnt aktiv zu werden, weil die da oben sowieso machen, was sie wollen. Doch das können sie nur, solange wir sie lassen. Die große Mehrheit in Deutschland ist enttäuscht und denkt, dass es Zeit ist, sich zu wehren. Aber die meisten fühlen sich mit dieser Wut alleine.

Gegen Arbeitslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Sozialraub und Rentenabbau müssen wir unsere Wut auf die Straße tragen: Streiks und Demonstrationen sind die einzige Sprache, die Politiker und Unternehmer verstehen. Und wir können uns nur gemeinsam wehren: Frauen und Männer, Arbeitslose und Beschäftigte, Deutsche und Ausländer.

Wir brauchen kämpferische Gewerkschaften

Die Gewerkschaften hätten die Kraft Millionen Menschen auf die Straße zu

bringen. Dazu sind sie auch noch die größte Arbeitnehmerorganisation in der Frauen und Männer gemeinsam organisiert sind. Sie könnten durch einen konsequenten Kampf für „Arbeit für Alle“, „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, „Soziale Sicherheit für jeden“ und „Kein Sexismus am Arbeitsplatz“ einen entscheidenden Beitrag zur Gleichberechtigung von Frau und Mann leisten.

Doch statt dessen äußert die Gewerkschaftsführung nur leise Kritik am heutigen Kahlschlag in Betrieb und Sozialsystem. Viel zu selten organisiert

sie konsequente Gegenwehr. Viele Proteste wurden erst durch Druck von unten in Gang gebracht. Viel zu häufig setzt die Gewerkschaftsführung auf Co-Management und ist zu faulen Kompromissen mit den Arbeitgebern bereit.

Die SAV will kritische und kämpferische Kolleginnen und Kollegen zusammenbringen. Wir haben in der Gewerkschaft ötv den Anstoß für das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ötv“ gegeben. Es will eine Alternative zur derzeitigen Gewerkschaftspolitik aufzeigen, Druck



auf die Gewerkschaftsführung machen und selbst Initiativen zur Gegenwehr ergreifen. Wir sind ebenfalls aktiver Bestandteil der „Initiative zur Vernetzung der gewerkschaftlichen Linken“.

Unser Ziel ist es, die Gewerkschaften wieder zu kämpferischen Organisationen zu machen, statt sie den Funktioniären zu überlassen.

Wir brauchen eigene Vertreterinnen und Vertreter

Die Banken und Konzerne wissen, was sie wollen. Sie kontrollieren den Staatsapparat und sie haben ihre Vertreter in den Parlamenten, die ihre Interessen durchsetzen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeitslose und Jugendliche haben heute keine Interessenvertretung mehr.

SPD und Grüne machen Politik für die Unternehmer und damit gegen die Interessen der großen Mehrheit der Frauen. Auch die PDS beteiligt sich dort, wo sie in Regierungen vertreten ist, an der Kürzungspolitik. Obwohl sie in Ostdeutschland Tausende von Mitgliedern hat, nutzt sie diese Kampfkraft nicht, um außerparlamentarischen Druck gegen Sozialabbau, Frauenfeindlichkeit und Rassismus zu machen. Die Frauenverbände der Parteien und die meisten Frauenorganisationen haben sich den sogenannten „Sachzwängen“ ergeben und beschränken sich auf symbolische Aktionen.

Daher ist es an der Zeit, selbst aktiv zu werden und eine Partei von und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeitslose und Jugendliche aufzubauen. Es kommt auf jeden Einzelnen an im Betrieb, im Stadtteil, in der Schule, an der Hochschule aufzustehen, die Missstände anzusprechen und zu versuchen Widerstand anzustoßen. Wir brauchen eine Partei, die diese Proteste zusammenfasst. Doch brauchen wir auch eine Partei, die Argumente gegen die herrschende Politik hat und Alternativen anbieten kann. So können wir andere ermutigen, selbst aktiv zu werden.

Wir brauchen ein sozialistisches Programm

Obwohl uns an den Schaltstellen der Macht immer wieder Männer gegenüberstehen, richtet sich der Kampf nicht gegen Männer als solche. Das Patriarchat, die Männerherrschaft, ist ein Bestandteil dieses Systems und kann nicht losgelöst von ihm betrachtet werden. Der Kapitalismus hat Frauen nichts zu bieten. In diesem System wird in Konkurrenz zueinander produziert und jedes Unternehmen ist gezwungen Profite zu erwirtschaften. Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, Umweltschutz und ähnliche „Sachzwänge“ für die große Mehrheit der Bevölkerung sind in den Augen der Herrschenden unbezahlbare Kosten. Der Kampf gegen die Benachteiligung der Frauen muss verbunden sein, mit einem Kampf gegen dieses System der kapitalistischen Profitlogik.

Um eine Gesellschaft zu erreichen, in der nach den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen gehandelt wird, müssen wir mehr fordern als einfache Reformen, die in jeder Wirtschaftskrise wieder rückgängig gemacht werden können. Daher brauchen wir ein Programm, auf dessen Grundlage wir den Kapitalismus abschaffen und eine so-



Was will die SAV ?

Die Sozialistische Alternative organisiert **Gegenwehr** gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, Rassismus und Neonazis. Wir setzen uns für kämpferische Gewerkschaften ein. Wir stehen für **Solidarität**, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer.

Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern zusammengeschlossen. Unternehmer und Regierung wollen zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren, denn der Kapitalismus hat abgewirtschaftet.

Unsere Alternative heißt **Sozialismus**, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken. Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden. Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft in der die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren



Frauen in Parteien und Gewerkschaften

Interview mit Mirjam Alberti (Foto links), Buchhändlerin, 29 Jahre, SAV-Kandidatin bei den Bundestagswahlen 1998, Kommunalwahlen in Aachen 1999 und den NRW- Landtagswahlen 2000

Frage: Bei den Bundestagswahlen 1998 hast Du das erste mal für die SAV kandidiert. Was wolltest Du damit erreichen?

Mirjam: Die PolitikerInnen der etablierten Parteien betreiben eine Politik des Kahlschlags – egal ob in Bund, Land oder Kommune, egal ob CDU, SPD oder Grüne. Wenn wir wollen, dass unsere Interessen durchgesetzt werden, müssen wir selbst dafür aktiv werden. Mit der SAV-Kandidatur wollten wir einen Anfang machen und andere ermutigen, für ihre Interessen einzutreten. Meiner Meinung nach kommt es darauf an, dass immer mehr Beschäftigte und Arbeitslose, Frauen und Männer aufstehen und ihre Mei-

nung sagen. So können wir andere überzeugen, dass es möglich ist, sich zu wehren.

Frage: Bei den Kommunalwahlen 1999 haben euch wenige hundert Stimmen gefehlt, damit Du in den Stadtrat einziehst. Was hätten Aachens Frauen davon gehabt?

Mirjam: Die ganzen Proteste, die Frauen direkt oder indirekt betreffen, hätten eine Stimme im Stadtrat gehabt: Die Eltern und Beschäftigten, die die Sanierung von Kindergärten und Schulen fordern; das Personal des Altenheims, die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, die durch Privatisierung bedroht sind und viele mehr.

Schon ein Stadtratsmitglied kann viel öffentlichen Druck erzeugen, Solidarität organisieren und immer mehr Menschen ermutigen, auf die Straße zu gehen.

Frage: Die etablierten Parteien klagen, dass immer weniger Frauen bei ihnen aktiv sind. Hat die SAV dasselbe Problem?

Mirjam: Mir ist aufgefallen, dass in unseren Kampagnen beispielsweise gegen Neonazis oder gegen Bildungskürzungen vor allem junge Frauen aktiv werden. Sie wollen ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen. Dass sie von den etablierten Parteien enttäuscht sind und keine Lust haben, als „Alibi-



Frauen“ herzuhalten, kann ich gut verstehen.

Frage: Bei den Landtagswahlen 2000 haben mit Tanja Niemeier und Dir zwei junge Frauen für die SAV kandidiert. Gibt es bei Euch eine spezielle Frauenförderung?

Mirjam: Bei jedem Mitglied legen wir Wert darauf, dass er oder sie sich schnell ausbildet, selbstständig politische Ereignisse verstehen lernt und eigenständig unser Programm vertreten kann. So werden „Frauenquoten“ überflüssig, um Frauen auch in führende Positionen zu bringen. Bei einem Frauenanteil von 42 Prozent der

Mitgliedschaft besteht unser Bundesvorstand zu 50 Prozent aus Frauen. Allerdings habe ich auch die Erfahrung gemacht, dass Mädchen und Frauen bescheidener, teilweise schüchterer sind. Da muss man manchmal ganz schön stur sein, um sie von ihren Fähigkeiten und Stärken zu überzeugen

Interview mit Stephanie Nitschke (Foto Seite 46 rechts), 28 Jahre, Krankenschwester Betriebsrätin am Klinikum Kassel

Frage: Du bist Betriebsrätin im Klinikum Kassel. Ihr legt Euch im Moment mit dem Kasseler Stadtrat an. Worum geht es?

Steffi: In Kassel planen SPD und CDU die Privatisierung des Klinikums um den Haushalt zu sanieren. Seit die Pläne bekannt wurden, sind wir dagegen aktiv. Wir haben Demonstrationen und Protestaktionen durchgeführt und Flugblätter verteilt, um die Beschäftigten und die Bevölkerung vor den Folgen einer Privatisierung zu warnen. Mit unserer Kampagne ist es uns bereits ein Jahr lang gelungen, den Verkauf des Klinikums zu verhindern. Durch unsere Kampfbereitschaft haben wir den KollegInnen die Notwendigkeit deutlich gemacht, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Daher konnten wir entgegen dem bundesweiten Trend zum Austritt aus der Gewerkschaft neue Mitglieder gewinnen.

Frage: Welche Folgen hat so eine Privatisierung speziell für Frauen?

Steffi: Im Krankenhaus arbeiten überwiegend Frauen. In den letzten Jahren wurden zum Beispiel durch Outsourcing (Auslagerung von Arbeitsbereichen – Anmerkung der Redaktion) im Reinigungsbereich und in der Küche schon viele Frauenarbeitsplätze vernichtet. Außerdem fanden Tarifabsenkungen statt. Die Einstiegsgehälter liegen inzwischen 13 Prozent unter dem bisherigen Satz. Eine Privatisierung würde eine weitere Tarifabsenkung um bis zu 20 Prozent bedeuten. Die Hausgehilfin (oder Reinigungskraft) würden mit weniger

als 1800 DM nach Hause gehen, wenn sie nach Privattarif bezahlt würden. Aber nicht nur die Frauen, die im Klinikum arbeiten, wären betroffen. In einem privaten Krankenhaus würden die Liegezeiten weiter verkürzt. Viele Kranke würden entlassen, obwohl sie noch pflegebedürftig sind. Diese Arbeit müsste von den Angehörigen geleistet werden – eine Aufgabe, die traditionell Frauen aufgebürdet wird. Generell führen Privatisierungen und Sozialabbau im Öffentlichen Dienst dazu, daß Leistungen wie Krankenpflege und Kinderbetreuung, die bisher von staatlichen Einrichtungen erbracht wurden, wieder ohne Bezahlung zu Hause und damit vor allem von Frauen erledigt werden müssen.

Frage: Du bist aktiv im „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“. Warum glaubst Du, dass ein solcher Zusammenschluss notwendig ist und was wollt ihr erreichen?

Steffi: Bundesweit wird privatisiert. Die Gewerkschaften organisieren aber keine Gegenwehr. Allein dieses Beispiel zeigt, dass wir eine Gewerkschaftsopposition aufbauen müssen. Wir müssen uns mit Kolleginnen und Kollegen auf der Grundlage einer politischen Plattform zusammenschließen, um Proteste zu organisieren und politische Argumente gegen den neoliberalen Wahnsinn zu liefern. Im Gesundheitswesen fordern wir eine bundesweite Konferenz zur Vernetzung aller Beschäftigten um Privatisierungen und den Ausstieg aus dem BAT (Bundesangestelltentarif – Anmerkung der Redaktion) zu verhindern.

Frage: Viele GewerkschaftsaktivistInnen vertreten eine Beschränkung auf reine Gewerkschaftspolitik. Du dagegen trittst mit der SAV für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei ein. Warum?

Steffi: Wir können uns nicht darauf beschränken, in den Gewerkschaften für unsere Interessen einzutreten. Leider gibt es im Moment keine große Partei, die die Interessen der ArbeitnehmerInnen vertritt. Das müssen wir ändern. Wir müssen eine neue Partei aufbauen, die konsequent für die Belange der ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen und RentnerInnen eintritt. In den Parlamenten – aber vor allem bei den täglichen Kämpfen in den Betrieben und Stadtteilen. Die SAV hat einen Anfang dazu gemacht.

Das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV erreicht ihr über folgende AnsprechpartnerInnen:

Stephanie Nitschke, Hegelsbergstr. 26, 34127 Kassel, Tel. (0561) 899764

Dieter Janßen, Strohberg 18a, 70180 Stuttgart, Tel. (0711) 6401302

Sue Powell, Breite Str. 94, 22767 Hamburg, Tel. (040) 3892492

Detlef Kallinich, Korthoverweg 41, 45307 Essen, Tel. (0201) 557523

Internet: www.freebox.com/netzwerk
email: netzwerk_kdoetv@gmx.de

Spendenkonto: Detlef Kallinich, Konto-Nr. 509264, Sparda-Bank Essen, BLZ 360 60 591, Stichwort: Netzwerk



Stell Dir mal vor ...

... wir würden in einer sozialistischen Gesellschaft leben. Eine Gesellschaft, in der es Sexismus, Rassismus und andere Spaltungsmittel nicht mehr gibt. Eine Gesellschaft, in der die Stimme einer Frau genauso viel wiegt wie die eines Mannes.

Wir würden uns unsere eigenen Vertreter und Vertreterinnen wählen und könnten sie jederzeit abwählen. Oder wir würden selbst politisch aktiv sein. Korruption und Privilegien würde es in unserer Gesellschaft nicht geben, weil auch unsere VertreterInnen nur einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen würden. Durch demokratische Verwaltung in Betrieb, Schule, Wohnort etc. könnten wir Entscheidungen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, der Jugend und der Rentner treffen. So könnten wir entscheiden, die Arbeitszeit aufgrund des technischen Fortschritts, den wir im Interesse aller sinnvoll nutzen, zu verkürzen und die Arbeit auf alle zu verteilen. Mehr Freizeit für alle würde dadurch entstehen. Wir könnten individuell unsere sonstigen Talente neben dem Beruf frei entfalten. Frauen würden genauso qualifizierte Arbeitsplät-

ze wie Männer haben. Keine Frau hätte es mehr nötig, sich zu prostituieren.

Die Kindererziehung könnten wir gemeinsam organisieren, mit mehreren Paaren gemeinsam oder auch in ausreichend öffentlichen Horten und Krippen für Kinder. Würden wir außerdem entscheiden, öffentliche Wäschereien und preiswerte Restaurants zu bauen, würde die zermürbende Arbeit in jedem Privathaushalt jeder Kleinfamilie unnötig gemacht. Die Hausarbeit, die bisher zum Großteil auf der Frau lastete, könnte somit weitgehend gesellschaftlich organisiert werden.

Das Privateigentum der Unternehmer an den Betrieben würde es nicht mehr geben, das Eigentum an unseren Büchern, Videos und Computerspielen würde selbstverständlich jeder behalten.

Wir könnten endlich auch selbst planen, was produziert wird. Statt Waffen, Nerzmänteln, schlechten Soap-Operas und Pornomagazinen, könnten wir endlich Produkte herstellen, die in unserem Interesse liegen. Wir könnten Energie ökologisch einsetzen, den öffentlichen Nahverkehr und das Zugnetz ausbauen, Straßenbahnen zum Nulltarif für alle schaffen. Ressourcen dafür wären genug da, weil die Bonzen nicht mehr alles selbst einsacken könnten.

Alles in allem würde in einer klassenlosen Gesellschaft keine Notwendigkeit mehr bestehen, Frauen in irgendeiner Form zu benachteiligen. Männer und Frauen könnten gemeinsam eine Gesellschaft aufbauen, in der nach den Bedürfnissen aller produziert und gelebt werden würde.



Publikationen der SAV

Die unten aufgeführten Materialien könnt ihr bei der SAV-Bundeszentrale bestellen. Zahlreiche weitere Bücher und Broschüren sowie lokale Flugblätter und Programme könnt ihr in eurer Stadt im SAV-Büro oder am SAV-Infostand erhalten.

Titel	Druckform, Seitenzahl	Kosten (DM)
Das Grundsatzprogramm der SAV	Broschüre, 32 Seiten	4,00
Das Statut der SAV	Broschüre	1,00
Schwule, Lesben, Bisexuelle	Faltblatt	0,50
Sozialistische Standpunkte:		
Nr. 1 Demokratische Planung statt Diktatur des Marktes	Faltblatt, 12 Seiten	1,00
Nr. 2 Alle Atomkraftwerke sofort abschalten	Faltblatt, 12 Seiten	1,00
Nr. 3 Zehn Jahre Wiedervereinigung = Zehn Jahre „Abschwung Ost“	Faltblatt, 12 Seiten	1,00
Nr. 4 Kampf gegen Nazis / Was ist Faschismus?	Faltblatt, 12 Seiten	1,00
Nr. 5 Fusionsfieber - die kapitalistische Wirtschaft ist krank	Faltblatt, 12 Seiten	1,00
Nr. 6 Anarchismus – Ausweg oder Irrweg	Faltblatt, 12 Seiten	1,00
Nr. 7 Sozialismus - Alternative oder Utopie	Faltblatt, 12 Seiten	1,00
Nr. 8 Ein Rückblick aufs 20ste Jahrhundert	Faltblatt, 12 Seiten	1,00
Nr. 9 Zum 75. Todestag von Lenin	Faltblatt, 12 Seiten	1,00
Nr. 10 Börsencrash 1929	Faltblatt, 12 Seiten	1,00
Nr. 11 150 Jahre Kommunistisches Manifest – Ist der Marxismus noch aktuell?	Faltblatt, 12 Seiten	1,00
Nr. 12 Zum 100. Todestag von Friedrich Engels	Faltblatt, 8 Seiten	1,00
Nr. 13 Ursprünge des Rassismus	Faltblatt, 12 Seiten	1,00
Nr. 14 Gesundes Essen – ohne Profit	Faltblatt, 12 Seiten	1,00
Nr. 15 Kritiker des Neoliberalismus	Faltblatt, 24 Seiten	1,00
Che Guevaras Vermächtnis	Broschüre	2,50
DDR 1989: Die gescheiterte Revolution	Buch, 180 Seiten	20,00
Castros Kuba – eine marxistische Kritik	Buch 120 Seiten	15,00
Die Russische Revolution 1917	Buch, 106 Seiten	10,00
Einführung in den Marxismus	Broschüre A4	4,00
Frankreich 1968	Buch	10,00
Geschichte der Arbeiterbewegung	Broschüre A4	4,50
Geschichte des Komitees für eine Arbeiterinternationale (KAI, CWI) und der SAV	Broschüre A4	4,50

Versandbedingungen: Bestellungen bitte an info@sav-online.de oder Tel. (030) 24 72 38 02 oder Fax (030) 24 72 38 04
Der Versand erfolgt gegen Rechnung, die innerhalb von 14 Tagen zu bezahlen ist. Die Versandkosten betragen abhängig von der Größe der Bestellung zwischen 1,50 und 10 DM.

Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV
- ... ein Probe-Exemplar der SAV-Zeitung VORAN
- ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

Infos:
030-24 72 38 02

Abgeben am Info-Stand der SAV, bei Deinem
VORAN-Verkäufer oder senden an:
Sozialistische Alternative, Littenstr. 106/107,
10179 Berlin
Telefon: (030) 24 72 38 02, Fax:
(030) 24 72 38 04, e-mail: info@sav-online.de



Quellenverzeichnis

Frauen und Erwerbsarbeit

¹ Die Zeit, 16.9.1999

² Friederike Habermann, MännerWirtschaft, Jungle World, 3.3.99

³ Joni Seager, Der Fischer Frauen- Atlas, 1998 Frankfurt a.M, S. 66.

⁴ Spiegel online, 3.8.2000

⁵ Nach dem Manteltarifvertrag der Berliner Metallindustrie erhielten verheiratete Männer eine „Ehefrauenzulage“, eine „Ehemännerzulage“ für verheiratete Frauen gab es jedoch nicht.

⁶ Regine Winter & Gertraude Krell: Aufwertung von Frauentätigkeiten. Ein Gutachten im Auftrag der Gewerkschaft ötv. Hrsg. ÖTV Bundesfrauensekretariat, Stuttgart 1997

⁷ Presseinformationen der Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 58/1996 und 17/2001

⁸ Schulze Buschhoff, Karin; Weller, Inge; Rückert, Jana: Das Erwerbsverhalten von Frauen im europäischen Vergleich. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.) Berlin 1998. (FS III 98-405)

⁹ Joni Seager, Der Fischer Frauen- Atlas, 1998 Frankfurt a.M, S. 123

¹⁰ René Heilig, Knut Holm, Signal Bischofferode, Spotless- Verlag 1993

¹¹ Seffi Engert, Hermann Dirkes, Britische Kumpel und ihre Frauen im Kampf, Frankfurt a. M. 1985

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz

¹ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (1997). Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Stuttgart; Berlin; Köln. Kohlhammer

² Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. Wuppertal. (Okt. 2000): Was ist sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. <http://www.notruf.wtal.de/arbeit.htm>

³ ÖTV-Bezirk NW1 (Okt.2000): Mobbing. Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. <http://www.oetv-nw1.de/info/mobbing/sexbel.htm>

Aufstiegschancen für Frauen

¹ Spiegel Online 18/ 2000

² Alice Schwarzer, Der große Unterschied, S.196

³ Joni Seager, Der Fischer Frauen- Atlas, 1998 Frankfurt a.M, S. 70

Mädchen und Frauen in Schule und Ausbildung

¹ Statistisches Bundesamt Fachserie 11, Reihe 1, 98/99

² Statistisches Bundesamt Fachserie 11, Nr.1

³ Spiegel Nr. 25, 1999

⁴ Start in den Beruf, Magazin der Stuttgarter Zeitung und Stuttgarter Nachrichten, 9.2000

⁵ Spiegel Nr. 25 1999.

⁶ Spiegel Nr. 25 1999

⁷ K. Schnitzer/ W. Isserstedt, Das soziale Bild der Studentenschaft in in der BRD, 14. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, 1994



Frauen und Familie

¹ Manfred Garhammer, Auf dem Weg zu egalitären Geschlechterrollen?

in: Familie zwischen gesellschaftlicher Prägung und individuellem Design, Opladen 1996, S. 319- 336

² Manfred Garhammer, Auf dem Weg zu egalitären Geschlechterrollen? in: Familie zwischen gesellschaftlicher Prägung und individuellem Design, Opladen 1996, S. 319- 336

³ junge Welt 12.8.2000

⁴ junge Welt 12.8.2000

Sexismus und Gewalt gegen Frauen, Abschnitt Schönheitsmythos

¹ Mythos Schönheit, Naomi Wolf, Hamburg 1993

² BZ 3/99

³ Schwarzer 2000

⁴ Stern 12/97

⁵ Wirtschaftswoche 3/94

⁶ Essstörungen und die Suche nach Identität, Ingeborg Stahr, S.48

⁷ Tagesspiegel: 31.8.1995

Sexismus und Gewalt gegen Frauen, Abschnitt Prostitution

¹ Prostituiertenselbsthilfe HWG e.V.: Prostitution: Ein Handbuch, Marburg, 1994

² die tageszeitung, 21.11.95

³ Emma, Ausgabe März/April 1998

⁴ A. Schwarzer, Der große Unterschied, Köln 2000, S.144

⁵ Kölner Stadtanzeiger, 1.11.93

⁶ www.frauennews.de/themen/weltweit/frhandel.htm

Sexismus und Gewalt gegen Frauen, Abschnitt Gewalt gegen Frauen

¹ A. Schwarzer, Der große Unterschied, Köln 2000, S.31

² A. Schwarzer, Der große Unterschied, Köln 2000, S.110

Sexismus und Gewalt gegen Frauen, Abschnitt Sexualität

¹ Joni Seager, der Fischer Frauenatlas, S. 107

Frauen international

¹ Fischer Weltalmanach 2001, S. 484

Wo steht die Frauenbewegung heute ?

¹ A. Schwarzer, a.a.O., S. 198

² Ebenda, S.12

³ Ebenda, S.196

⁴ Frankfurter Rundschau, 8.3.2001, S.19

⁵ A. Schwarzer, a.a.O., S.206

⁶ A. Schwarzer, a.a.O., S.45

**Die Sozialistische Alternative im Internet:
www.sav-online.de**